



2020/0361(COD)

8.7.2021

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1592 - 1872

Entwurf eines Berichts
Christel Schaldemose
(PE693.594v01-00)

Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und Änderung
der Richtlinie 2000/31/EG

Vorschlag für eine Verordnung
(COM(2020)0825 – C9-0000/2021 – 2020/0361(COD))

Änderungsantrag 1592

Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron
im Namen der ID-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 26 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen ***insbesondere***, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Geänderter Text

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Or. en

Änderungsantrag 1593

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Laurence Farreng, Karen Melchior, Marco Zullo

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 26 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Bei der Durchführung der Risikobewertung beziehen sehr große Online-Plattformen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen ein. Ihre Einbeziehung ist auf die besonderen systemischen Risiken zugeschnitten, die von der sehr großen Online-Plattform bewertet werden sollen.

Änderungsantrag 1594
Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Das Ergebnis der Folgenabschätzung und die dazugehörigen Unterlagen werden dem Gremium der Koordinatoren für digitale Dienste und dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort übermittelt. Eine Zusammenfassung der Folgenabschätzung wird in einem leicht zugänglichen Format öffentlich zugänglich gemacht.

Or. en

Änderungsantrag 1595
Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Das Ergebnis der Risikobewertung und die dazugehörigen Unterlagen werden der Agentur und dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort übermittelt. Eine Zusammenfassung der Risikobewertung wird in einem leicht zugänglichen Format öffentlich zugänglich gemacht.

Or. en

Änderungsantrag 1596

Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Verpflichtungen dürfen keinesfalls zu einer allgemeinen Verpflichtung zur Überwachung führen.

Or. en

Änderungsantrag 1597

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Die gemäß Artikel 68 beauftragten Organisationen haben das Recht, das Ergebnis einer Risikobewertung und die dazugehörigen Unterlagen einzusehen und beim Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Beschwerde wegen deren Genauigkeit oder Vollständigkeit einzulegen.

Or. en

Änderungsantrag 1598

Marcel Kolaja

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Überschrift**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Risikominderung

Milderung nachteiliger Auswirkungen

Änderungsantrag 1599
Geoffroy Didier, Nathalie Colin-Oesterlé

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große **Online-Plattformen** ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große **Online-Plattformdienste, Live-Streaming-Plattformdienste, Privatnachrichtenübermittlungsdienste und Suchmaschinen** ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Änderungsantrag 1600
Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen **systemischen Risiken** zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen **nachteiligen Auswirkungen** zugeschnitten sind, **sofern dies keine nachteiligen Auswirkungen auf andere Grundrechte hat**. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Änderungsantrag 1601

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Laurence Farreng, Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame **Risikominderungsmaßnahmen**, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame **Maßnahmen**, die auf die **Bewältigung der** gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind, **um die Wahrscheinlichkeit und die Schwere von Risiken zu verringern**. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Or. en

Änderungsantrag 1602

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher, Bart Groothuis

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame **Risikominderungsmaßnahmen**, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame **Maßnahmen**, die auf die **Bewältigung der** gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind, **um die Wahrscheinlichkeit und die Schwere von Risiken zu verringern**. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Or. en

Begründung

Ein Risiko zu mindern sollte nicht immer damit gleichgesetzt werden, es auszuschalten. Es kann sich auch auf die Platzierung und Sichtbarkeit von Inhalten beziehen.

Änderungsantrag 1603
Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen **in Zusammenarbeit mit der Kommission** angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Or. fr

Änderungsantrag 1604
Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen **zur Bekämpfung illegaler Praktiken**, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Or. en

Änderungsantrag 1605
Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen **angemessene**, verhältnismäßige und wirksame **Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind**. Hierzu **können** gegebenenfalls **gehören**:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen **transparente**, verhältnismäßige und wirksame **Maßnahmen, um** die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken **auszuschalten, zu vermeiden und zu mindern**. Hierzu **gehören** gegebenenfalls:

Or. en

Änderungsantrag 1606

Karen Melchior, Samira Rafaela, Hilde Vautmans, Michal Šimečka, Ivars Ijabs, Anna Júlia Donáth, Olivier Chastel, Fabienne Keller, Petras Auštrevičius, Irène Tolleret, Ramona Strugariu, Barry Andrews, Susana Solís Pérez, Dragoş Pîslaru, Katalin Cseh

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu **können** gegebenenfalls **gehören**:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu gehören gegebenenfalls:

Or. en

Änderungsantrag 1607

Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit
im Namen der ID-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen **angemessene**, verhältnismäßige **und wirksame** Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen verhältnismäßige Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Or. en

Änderungsantrag 1608

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Geänderter Text

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der **Gestaltung, der** Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste, **ihres Werbemodells** oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Or. en

Änderungsantrag 1609

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Laurence Farreng, Karen Melchior, Stéphane Séjourné, Marco Zullo, Christophe Grudler

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer

Geänderter Text

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der **Gestaltung, der** Merkmale oder der Funktionsweise

allgemeinen Geschäftsbedingungen;

ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen
Geschäftsbedingungen;

Or. en

Änderungsantrag 1610

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Anpassung der Systeme zur
Moderation von Inhalten oder der
Empfehlungssysteme, ihrer
Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder
der Funktionsweise ihrer Dienste **oder**
ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Geänderter Text

a) Anpassung der Systeme zur
Moderation von Inhalten oder der
Empfehlungssysteme, ihrer
Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder
der Funktionsweise ihrer Dienste;

Or. fr

Änderungsantrag 1611

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri,
Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**
im Namen der ID-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) **Anpassung** der Systeme zur
Moderation von Inhalten oder der
Empfehlungssysteme, ihrer
Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder
der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer
allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Geänderter Text

a) **Prüfung** der Systeme zur
Moderation von Inhalten oder der
Empfehlungssysteme, ihrer
Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder
der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer
allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Or. en

Änderungsantrag 1612

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten
Løkkegaard, Marco Zullo, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-**

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Geänderter Text

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der **Gestaltung, der** Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Or. en

Begründung

Die Gestaltung muss ebenfalls berücksichtigt werden.

Änderungsantrag 1613

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemaker

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

Geänderter Text

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige **und Ausrichtung** von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst **oder als Alternative die Platzierung und Anzeige von Beiträgen im Dienst der Öffentlichkeit oder anderen damit zusammenhängenden Sachinformationen;**

Or. en

Begründung

Anstatt Werbeflächen leer zu lassen, können sie genutzt werden, um Informationen des öffentlichen Sektors oder Sachinformationen anzuzeigen, sodass der Betrachter besser über den Inhalt informiert wird.

Änderungsantrag 1614

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng, Marco Zullo

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

Geänderter Text

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige **und Ausrichtung** von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

Or. en

Änderungsantrag 1615

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

Geänderter Text

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige **und Ausrichtung** von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

Or. en

Änderungsantrag 1616

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Stärkung der internen Prozesse oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten, insbesondere im Hinblick auf die

Geänderter Text

c) Stärkung der internen Prozesse, **der Prüfung, der Dokumentation** oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten,

Erkennung systemischer Risiken;

insbesondere im Hinblick auf die
Erkennung systemischer Risiken;

Or. en

Änderungsantrag 1617

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri,
Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**
im Namen der ID-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe d**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**d) Beginn oder Anpassung der
Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen
Hinweisgebern gemäß Artikel 19;** **entfällt**

Or. en

Änderungsantrag 1618

Geert Bourgeois

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe d**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**d) Beginn oder Anpassung der
Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen
Hinweisgebern gemäß Artikel 19;** **entfällt**

Or. nl

Änderungsantrag 1619

Marion Walsmann

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe d a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) im Falle sehr großer Online-

***Marktplätze Berücksichtigung der
Informationen über wiederholt
Zuwiderhandelnde gemäß Artikel 20
Absatz 1a, wenn ein Vertragsverhältnis
mit einem Unternehmer eingegangen
wird;***

Or. en

**Änderungsantrag 1620
Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe e**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***e) Beginn oder Anpassung der
Zusammenarbeit mit anderen Online-
Plattformen anhand der in Artikel 35 und
Artikel 37 genannten Verhaltenskodizes
bzw. Krisenprotokolle.***

entfällt

Or. fr

**Änderungsantrag 1621
Marcel Kolaja**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe e**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***e) Beginn oder Anpassung der
Zusammenarbeit mit anderen Online-
Plattformen anhand der in Artikel 35 und
Artikel 37 genannten Verhaltenskodizes
bzw. Krisenprotokolle.***

entfällt

Or. en

**Änderungsantrag 1622
Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) gezielte Maßnahmen zur Verringerung des Strom- und Wasserverbrauchs, der Wärmezeugung und der CO₂-Emissionen im Zusammenhang mit der Erbringung der Dienstleistung und der technischen Infrastruktur.

Or. en

Änderungsantrag 1623
Róza Thun und Hohenstein

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Diese Maßnahmen und deren Begründung werden den unabhängigen Prüfern für die Ausarbeitung des Prüfberichts gemäß Artikel 28 mitgeteilt.

Or. en

Änderungsantrag 1624
Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Alle Maßnahmen stehen mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang, tragen wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken bei und dienen der Wahrung der öffentlichen

Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Or. en

Änderungsantrag 1625

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Soweit angemessen, beziehen sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen gemäß Artikel 26 und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen ein. Wenn dies unterlassen wird, wird dies in dem in Artikel 33 genannten Transparenzbericht deutlich gemacht.

Or. en

Begründung

Diese Anforderung wurde in einem Erwägungsgrund ohne entsprechenden Artikel festgelegt. Dieser wird hiermit eingeführt.

Änderungsantrag 1626

Karen Melchior, Samira Rafaela, Hilde Vautmans, Michal Šimečka, Ivars Ijabs, Anna Júlia Donáth, Olivier Chastel, Fabienne Keller, Petras Auštrevičius, Irène Tolleret, Ramona Strugariu, Barry Andrews, Katalin Cseh

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Wenn eine sehr große Online-Plattform beschließt, keine der Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 27 Absatz 1 zu ergreifen, gibt sie eine schriftliche Erklärung zur Darlegung der Gründe hierfür ab, die den unabhängigen Prüfern für die Ausarbeitung des Prüfberichts gemäß Artikel 28 Absatz 3 vorzulegen ist.

Or. en

Änderungsantrag 1627

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Das Gremium bewertet die Umsetzung und Wirksamkeit der gemäß Artikel 27 Absatz 1 von sehr großen Online-Plattformen ergriffenen Risikominderungsmaßnahmen und kann gegebenenfalls Empfehlungen abgeben.

Or. en

Änderungsantrag 1628

Marco Zullo

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Sehr große Online-Plattformen teilen den Nutzern Vorhandensein und Art der ermittelten systemischen Risiken und die entsprechenden Maßnahmen mit.

Or. en

**Änderungsantrag 1629
Marcel Kolaja**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Plattform entscheidet selbst über die zu wählenden Maßnahmen.

Or. en

**Änderungsantrag 1630
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Wenn eine sehr große Online-Plattform beschließt, keine der Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 27 Absatz 1 zu ergreifen, legt sie dem Gremium für die Abgabe spezifischer Empfehlungen und den unabhängigen Prüfern für die Zwecke des Prüfberichts eine schriftliche Erklärung zur Darlegung der Gründe hierfür vor.

Im Anschluss an die schriftliche Erklärung zur Darlegung der Gründe, aus denen die sehr großen Online-Plattformen keine Risikominderungsmaßnahmen ergreifen

haben, gibt das Gremium spezifische Empfehlungen zu den Risikominderungsmaßnahmen ab, die von den sehr großen Online-Plattformen umzusetzen sind. Sehr große Online-Plattformen setzen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen die empfohlenen Maßnahmen um oder legen alternative Maßnahmen dar, die zur Bewältigung der ermittelten Risiken ergriffen werden sollen.

Wenn es eine sehr große Online-Plattform systematisch unterlässt, wirksame Risikominderungsmaßnahmen zu ergreifen, und sich wiederholt über die Empfehlungen hinwegsetzt, kann das Gremium der Kommission und den Koordinatoren für digitale Dienste empfehlen, Sanktionen zu verhängen.

Or. en

Änderungsantrag 1631

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Marco Zullo, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Das Gremium veröffentlicht in Zusammenarbeit mit der Kommission einmal jährlich einen umfassenden Bericht, **der** Folgendes enthält:

Geänderter Text

(2) Das Gremium veröffentlicht in Zusammenarbeit mit der Kommission einmal jährlich einen umfassenden Bericht. ***Der Bericht des Gremiums enthält Angaben, aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaaten, in denen die systemischen Risiken auftreten, und zur Lage in der Union insgesamt. Der Bericht wird in allen Amtssprachen der Mitgliedstaaten der Union veröffentlicht. Der Bericht*** enthält Folgendes:

Or. en

Änderungsantrag 1632

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) **Das Gremium** veröffentlicht in **Zusammenarbeit mit der Kommission** einmal jährlich einen umfassenden Bericht, der Folgendes enthält:

Geänderter Text

(2) **Die Agentur** veröffentlicht einmal jährlich einen umfassenden Bericht, der Folgendes enthält:

Or. en

Änderungsantrag 1633

Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron
im Namen der ID-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Das Gremium veröffentlicht in Zusammenarbeit mit der Kommission einmal jährlich einen umfassenden Bericht, der Folgendes enthält:

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Or. en

Änderungsantrag 1634

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über

andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel **30**, 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 1635
Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten **wiederkehrenden systemischen Risiken**, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten **nachteiligen Auswirkungen**, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 1636
Andrey Kovatchev, Sandra Kalniete, Rasa Juknevičienė, Dace Melbārde

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung **der auffälligsten wiederkehrenden** systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung **aller** systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Or. en

Begründung

Der derzeitige Wortlaut lässt nicht eindeutig erkennen, wie eine Plattform bewerten soll, welche Risiken die auffälligsten sind. Dies lässt den Plattformen zudem einen zu großen Ermessensspielraum.

Änderungsantrag 1637

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Marco Zullo, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung **der auffälligsten wiederkehrenden** systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung **aller** systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 1638

Geoffroy Didier, Sabine Verheyen, Brice Hortefeux

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von **sehr großen** Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 1639

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri,
Markus Buchheit**
im Namen der ID-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**b) bewährte Verfahren für sehr große
Online-Plattformen zur Minderung der
ermittelten systemischen Risiken.**

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 1640

Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**b) bewährte Verfahren für sehr große
Online-Plattformen zur Minderung der
ermittelten *systemischen Risiken*.**

**b) bewährte Verfahren für sehr große
Online-Plattformen zur Minderung der
ermittelten *nachteiligen Auswirkungen*.**

Or. en

Änderungsantrag 1641

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten
Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin,
Liesje Schreinemacher**

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***Der Bericht des Gremiums enthält
Angaben, aufgeschlüsselt nach
Mitgliedstaaten, in denen die
systemischen Risiken auftreten, und zur
Lage in der Union insgesamt. Der Bericht
wird in allen Amtssprachen der***

Begründung

Zusätzliche Informationen, die dazu beitragen, den Bericht sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf Unionsebene besser zu verstehen.

Änderungsantrag 1642

Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit
im Namen der ID-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

entfällt

Änderungsantrag 1643

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die **Kommission** kann **in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste** allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die **Kommission** öffentliche Konsultationen durch.

Geänderter Text

(3) Die **Agentur** kann allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die **Agentur** öffentliche Konsultationen durch.

Or. en

Änderungsantrag 1644

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng, Marco Zullo

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission **kann** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken **herausgeben**, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. **Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.**

Geänderter Text

(3) Die Kommission **gibt** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste **und im Anschluss an öffentliche Konsultationen** allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken **heraus**, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt.

Or. en

Änderungsantrag 1645
Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine **Leitlinien** für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere **Risiken** herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser **Leitlinien** führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Geänderter Text

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine **Empfehlungen** für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere **Auswirkungen** herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser **Empfehlungen** führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Or. en

Änderungsantrag 1646
Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) **Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste** allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission

Geänderter Text

(3) **Das Gremium und die Kommission können** allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

öffentliche Konsultationen durch.

Or. en

Änderungsantrag 1647
Barbara Thaler, Arba Kokalari

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission **kann** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken **herausgeben**, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Geänderter Text

(3) Die Kommission **gibt** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken **heraus**, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Or. en

Änderungsantrag 1648
Geert Bourgeois

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

(3a) Dieser Artikel lässt die Universaldienstverpflichtung, die für sehr große soziale Online-Plattformen gemäß Artikel 33a gilt, unberührt.

Geänderter Text

Or. nl

Änderungsantrag 1649

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Aus der Anforderung, Risikominderungsmaßnahmen zu ergreifen, erwächst keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung oder aktiven Nachforschung.

Or. en

Begründung

Zusätzliche Anforderungen sollten dem Verbot nach Artikel 7 nicht entgegenstehen.

Änderungsantrag 1650

Leszek Miller

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 27a

Minderung der Risiken für die Meinungsfreiheit und die Freiheit und den Pluralismus der Medien

(1) Wenn besondere systemische Risiken für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und die Freiheit und den Pluralismus der Medien gemäß Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe b auftreten, stellen sehr große Online-Plattformen sicher, dass die Ausübung dieser Grundrechte stets angemessen und wirksam geschützt ist.

(2) Ermöglichen sehr große Online-Plattformen die Verbreitung von Presseveröffentlichungen im Sinne von Artikel 2 Absatz 4 der

Richtlinie (EU) 2019/790, von audiovisuellen Mediendiensten im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2010/13/EU (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) oder von anderen redaktionellen Medien, die im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem nationalen Recht unter der redaktionellen Verantwortung und Kontrolle eines Presseverlags, audiovisuellen oder sonstigen Mediendiensteanbieters veröffentlicht werden, die nach dem Recht eines Mitgliedstaats haftbar gemacht werden können, ist es den Plattformen untersagt, diese Inhalte oder Dienste zu entfernen, den Zugang dazu zu sperren oder anderweitig einzugreifen oder die Konten der Diensteanbieter aufgrund der mutmaßlichen Unvereinbarkeit dieser Inhalte mit ihren Geschäftsbedingungen auszusetzen oder zu schließen.

(3) Sehr große Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre Moderation von Inhalten, ihre Entscheidungsprozesse, die Merkmale oder die Funktionsweise ihrer Dienste, ihre Geschäftsbedingungen und Empfehlungssysteme objektiv, fair und diskriminierungsfrei sind.

Or. en

Änderungsantrag 1651

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten ***und darüber hinaus auf Verlangen der Agentur*** einer ***unabhängigen*** Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und

Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Or. en

Änderungsantrag 1652

Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung **folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen** bewertet wird:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung **der in Kapitel III festgelegten Pflichten** bewertet wird.

Or. en

Änderungsantrag 1653

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer **unabhängigen** Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Or. en

Begründung

Entsprechend der Überschrift.

Änderungsantrag 1654

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer **unabhängigen** Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Or. en

Änderungsantrag 1655

Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) **die in Kapitel III festgelegten Pflichten,**

Geänderter Text

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 1656

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten,

Geänderter Text

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten.

Es sollten Prüfungen mindestens zu folgenden Punkten durchgeführt werden:

i) Klarheit, Kohärenz und

vorhersehbare Durchsetzung der Dienstbedingungen unter besonderer Berücksichtigung der in der Charta verankerten geltenden Grundrechte;

ii) Vollständigkeit, Methodik und Kohärenz, die mit den Transparenzberichtspflichten gemäß den Artikeln 13, 13a, 23 und 30 einhergehen, sowie die Einhaltung der Branchennormen bei der Transparenzberichterstattung;

iii) Genauigkeit, Vorhersehbarkeit und Klarheit der Folgemaßnahmen des Anbieters für Nutzer des Dienstes und der Anbieter von Meldungen über offensichtlich illegale Inhalte und Verstöße gegen die Dienstbedingungen sowie die Richtigkeit der Einstufung entfernter Informationen (rechtswidrig oder Verstoß gegen Geschäftsbedingungen);

iv) interne und externe Mechanismen zur Bearbeitung von Beschwerden;

v) Interaktion mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern und unabhängige Bewertung der Genauigkeit, der Reaktionszeiten, der Effizienz und der Frage, ob es Hinweise auf missbräuchliche Nutzung gibt;

vi) Sorgfalt bei der Überprüfung der Rückverfolgbarkeit der Unternehmen;

vii) Angemessenheit und Richtigkeit der Risikobewertung gemäß Artikel 26;

viii) Angemessenheit und Wirksamkeit der gemäß Artikel 27 ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung der in den Risikobewertungen gemäß Artikel 26 ermittelten Risiken;

vii) Wirksamkeit und Einhaltung von Verhaltenskodizes.

Die Prüfungen zu den unter den Ziffern i bis vii genannten Themen können kombiniert werden, wenn die Organisation, die die Prüfungen durchführt, über fachspezifische Fachkenntnisse in dem betreffenden

Änderungsantrag 1657
Róza Thun und Hohenstein

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten,

Geänderter Text

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten, *insbesondere die Qualität der Ermittlung, Analyse und Bewertung der in Artikel 26 genannten systemischen Risiken, die Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit der Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 27 sowie die Qualität und Wirksamkeit der den Nutzern gemäß Artikel 28a und Artikel 29 Absatz 1 zur Verfügung gestellten Funktionen,*

Änderungsantrag 1658
Karen Melchior, Samira Rafaela, Hilde Vautmans, Michal Šimečka, Ivars Ijabs, Anna Júlia Donáth, Olivier Chastel, Fabienne Keller, Petras Auštrevičius, Irène Tolleret, Ramona Strugariu, Barry Andrews, Susana Solís Pérez, Dragoş Pîslaru, Katalin Cseh

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten,

Geänderter Text

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten, *insbesondere die Qualität der Ermittlung, Analyse und Bewertung der in Artikel 26 genannten Risiken sowie die Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit der Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 27,*

Änderungsantrag 1659

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten,

Geänderter Text

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten, ***insbesondere die Qualität der Ermittlung, Analyse und Bewertung der in Artikel 26 genannten Risiken sowie die Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit der Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 27,***

Or. en

Änderungsantrag 1660

Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) ***die Verpflichtungszusagen, die gemäß den in den Artikeln 35 und 36 genannten Verhaltenskodizes und den in Artikel 37 genannten Krisenprotokollen gemacht wurden.***

Geänderter Text

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 1661

Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Verpflichtungszusagen, die gemäß den in den Artikeln 35 und 36 genannten Verhaltenskodizes und den in Artikel 37 genannten Krisenprotokollen gemacht wurden.

Geänderter Text

b) die **freiwilligen** Verpflichtungszusagen, die gemäß den in den Artikeln 35 und 36 genannten Verhaltenskodizes und den in Artikel 37 genannten Krisenprotokollen gemacht wurden.

Or. en

Änderungsantrag 1662

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

(b) die Verpflichtungszusagen, die gemäß **den** in **den Artikeln 35 und 36** genannten **Verhaltenskodizes und den in Artikel 37 genannten Krisenprotokollen** gemacht wurden.

Geänderter Text

(b) die Verpflichtungszusagen, die gemäß **des** in **Artikel 36** genannten **Verhaltenskodexes für Werbung im Internet** gemacht wurden.

Or. fr

Änderungsantrag 1663

Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von Stellen durchgeführt, die

Geänderter Text

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von **der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte** durchgeführt. **Die Agentur kann beschließen, die Prüfung gemeinsam mit Stellen durchzuführen,** die

Or. en

Änderungsantrag 1664

Liesje Schreinemacher, Bart Groothuis, Hilde Vautmans, Marco Zullo, Karen Melchior, Morten Løkkegaard, Adrián Vázquez Lázara, Sandro Gozi

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von Stellen durchgeführt, die

Geänderter Text

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von Stellen durchgeführt, die **von der Kommission ausgewählt wurden und**

Or. en

Änderungsantrag 1665

Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec, Andrea Caroppo, Barbara Thaler

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind,

Geänderter Text

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind **und in den vorangegangenen 12 Monaten keine anderen Dienstleistungen für die Plattform erbracht haben,**

Or. en

Änderungsantrag 1666

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind,

Geänderter Text

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform **rechtlich und finanziell** unabhängig sind,

Änderungsantrag 1667

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) nachgewiesene Sachkenntnis auf dem Gebiet des Risikomanagements sowie technische Kompetenzen und Kapazitäten haben, **entfällt**

Änderungsantrag 1668

Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron
im Namen der ID-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) nachgewiesene Sachkenntnis auf dem Gebiet des Risikomanagements sowie technische Kompetenzen und Kapazitäten haben,

b) nachgewiesene Sachkenntnis auf dem Gebiet des Risikomanagements sowie technische Kompetenzen und Kapazitäten haben, *die von einer qualifizierten und akkreditierten Zertifizierungsstelle bescheinigt wurden,*

Änderungsantrag 1669

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) **nachweislich mit** Objektivität und Berufsethik **arbeiten**, insbesondere aufgrund der Einhaltung von Verhaltenskodizes oder geeigneten Normen.

Geänderter Text

c) **die auf der Grundlage ihrer nachgewiesenen** Objektivität, **fachspezifischen Sachkenntnis** und Berufsethik, insbesondere aufgrund der Einhaltung von Verhaltenskodizes oder geeigneten Normen, **von der Agentur geprüft und anerkannt wurden**.

Or. en

Änderungsantrag 1670

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) nachweislich mit Objektivität und Berufsethik **arbeiten, insbesondere aufgrund der Einhaltung von Verhaltenskodizes oder geeigneten Normen**.

Geänderter Text

c) nachweislich mit Objektivität und Berufsethik **arbeiten**.

Or. fr

Änderungsantrag 1671

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Die natürlichen Personen, die die Prüfungen durchführen, verpflichten sich, für einen Zeitraum von drei Jahren nach Beendigung ihrer Tätigkeit für die Prüfstelle weder für die geprüfte sehr große Online-Plattform noch für einen Berufs- oder Wirtschaftsverband, dessen Mitglied die Plattform ist, tätig zu werden.

Änderungsantrag 1672

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) von der Kommission für die Durchführung dieser Aufgabe zertifiziert wurden,

Änderungsantrag 1673

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Stellen, die die Prüfungen durchführen, fertigen für **jede Prüfung** einen Prüfbericht an. Der Bericht wird schriftlich abgefasst und muss mindestens Folgendes enthalten:

(3) Die Stellen, die die Prüfungen durchführen, fertigen für **jeden Prüfungsgegenstand gemäß Absatz 1 Buchstabe a** einen Prüfbericht an. Der Bericht wird schriftlich abgefasst und muss mindestens Folgendes enthalten:

Änderungsantrag 1674

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) eine Interessenerklärung,

Or. en

Änderungsantrag 1675

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) Beschreibung der **wichtigsten**
Erkenntnisse aus der Prüfung,

d) Beschreibung der Erkenntnisse aus
der Prüfung **und Zusammenfassung der**
wichtigsten Erkenntnisse,

Or. en

Änderungsantrag 1676

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) eine Beschreibung der konkreten
Elemente, die nicht geprüft werden
konnten, und eine Erklärung, warum sie
nicht geprüft werden konnten,

Or. en

Änderungsantrag 1677

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) eine Beschreibung der konkreten Elemente, die nicht geprüft werden konnten, und eine Erklärung, warum sie nicht geprüft werden konnten,

Or. en

Begründung

Zusätzliche Informationen, die dazu beitragen, das Ergebnis einer Prüfung besser zu verstehen.

Änderungsantrag 1678

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fb) falls in der Stellungnahme für bestimmte Elemente innerhalb des Prüfungsumfangs keine Schlussfolgerung erzielt wurde, eine einschlägige Begründung,

Or. en

Änderungsantrag 1679

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fb) falls in der Stellungnahme für bestimmte Elemente innerhalb des

***Prüfungsumfangs keine Schlussfolgerung
erzielt wurde, eine einschlägige
Begründung,***

Or. en

Begründung

Zusätzliche Informationen, die dazu beitragen, das Ergebnis einer Prüfung besser zu verstehen.

Änderungsantrag 1680

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri,
Markus Buchheit**
im Namen der ID-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen nicht positiven Prüfbericht erhalten, tragen allen an sie gerichteten operativen Empfehlungen gebührend Rechnung und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an, in dem sie diese Maßnahmen darlegen. ***Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar, die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.***

Geänderter Text

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen nicht positiven Prüfbericht erhalten, tragen allen an sie gerichteten operativen Empfehlungen gebührend Rechnung und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an, in dem sie diese Maßnahmen darlegen.

Or. en

Änderungsantrag 1681

Marcel Kolaja

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen nicht positiven Prüfbericht erhalten, tragen allen an sie gerichteten operativen Empfehlungen gebührend Rechnung **und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung**. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an, **in dem sie diese Maßnahmen darlegen**. Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar, die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.

Geänderter Text

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen nicht positiven Prüfbericht erhalten, tragen allen an sie gerichteten operativen Empfehlungen gebührend Rechnung. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an. Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar, die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.

Or. en

Änderungsantrag 1682

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen nicht positiven Prüfbericht erhalten, tragen allen an sie gerichteten operativen Empfehlungen gebührend Rechnung **und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung**. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an, in dem sie diese Maßnahmen darlegen. Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar, die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.

Geänderter Text

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen nicht positiven Prüfbericht erhalten, tragen allen an sie gerichteten operativen Empfehlungen gebührend Rechnung. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an, in dem sie diese Maßnahmen darlegen. Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar, die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.

Or. en

Änderungsantrag 1683
Alexandra Geese
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Agentur entscheidet über den Gegenstand der durchzuführenden Prüfungen und wählt die Prüfungsstelle für den jeweiligen geprüften Gegenstand gemäß Absatz 1 aus. Die jährlichen Prüfungen sehr großer Online-Plattformen dürfen nicht mehr als dreimal hintereinander von derselben Prüfungsstelle durchgeführt werden. Die Agentur überwacht die Umsetzung der an die sehr großen Plattformen gerichteten operativen Empfehlungen durch diese.

Die Agentur veröffentlicht und aktualisiert regelmäßig eine Liste der zugelassenen Stellen, die Prüfungen sehr großer Online-Plattformen durchführen. Die Agentur veröffentlicht und überprüft regelmäßig die detaillierten Kriterien, die diese Stellen erfüllen müssen, um zugelassen zu werden.

Or. en

Änderungsantrag 1684
Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Morten Løkkegaard, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Wird in einem Prüfbericht gemäß Absatz 1 festgestellt, dass die Pflichten und Verpflichtungszusagen vollständig oder teilweise eingehalten wurden und

nur geringfügige Probleme aufgetreten sind, so kann die sehr große Online-Plattform die Kommission ersuchen, auf weitere Prüfberichte zu verzichten oder diese aufzuschieben. Wird ein solcher Aufschub gewährt, beträgt er höchstens zwei Jahre ab dem letzten Prüfbericht.

Or. en

Begründung

Eine verantwortungsvoll handelnde sehr große Online-Plattform sollte in der Lage sein, alle zwei Jahre Bericht zu erstatten.

Änderungsantrag 1685

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Liesje Schreinemacher

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 4 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Enthält ein Prüfbericht Angaben, die missbraucht werden könnten, um die Sicherheit der Nutzer der Plattform zu beeinträchtigen und deren Privatsphäre zu verletzen, so kann die sehr große Online-Plattform die Kommission ersuchen, diese Angaben aus öffentlichen Fassungen des Prüfberichts zu entfernen oder sie zusammenzufassen. Die Kommission prüft diese Anträge und kann ihnen stattgeben, wenn sie dies für angemessen hält.

Or. en

Begründung

Zu viele Informationen können dazu führen, dass ein System zum Nachteil der Verbraucher und anderer Nutzer ausgenutzt wird. Dem muss vorgebeugt werden.

Änderungsantrag 1686

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 28a

Europäischer Rat für soziale Medien

(1) Es wird eine unabhängige Beratergruppe mit der Bezeichnung „Europäischer Rat für soziale Medien“ (im Folgenden der „Rat für soziale Medien“) eingerichtet, deren Aufgabe es ist,

a) unverbindliche Leitprinzipien und Empfehlungen zur Verbesserung der Verfahren für die Moderation von Inhalten auszusprechen,

b) eine partizipative und transparente öffentliche Debatte über die Verfahren für die Moderation von Inhalten zu fördern und

c) politische Empfehlungen und Durchsetzungsempfehlungen an die Kommission und die Agentur zu richten und gegebenenfalls die Agentur zu ersuchen, Prüfungen durchzuführen.

(2) Sehr große Online-Plattformen verpflichten sich, die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle vom Rat für soziale Medien an sie gerichteten operativen Empfehlungen umgesetzt werden. Zu diesem Zweck arbeiten sie nach Treu und Glauben mit dem Rat für soziale Medien zusammen.

(3) Die Kommission erkennt einem Antragsteller den Status eines Mitglieds des Rates für soziale Medien zu, wenn er nachweislich jede der folgenden Bedingungen erfüllt:

a) Er vertritt Nutzer oder Gruppen, die möglicherweise von Diensten betroffen sind,

b) er verfügt über besondere Sachkenntnis und Kompetenz in den Bereichen internationale Menschenrechtsnormen, Moderation von Inhalten, algorithmische Systeme, Medien, Verbraucherschutz, Desinformation und Hetze sowie in Bereichen im Zusammenhang mit den Risikobewertungen gemäß Artikel 26 oder in anderen Bereichen, die in Prüfberichten ermittelt wurden,

c) handelt es sich bei dem Antragsteller um eine natürliche Person, hat er von Online-Plattformen und Geschäftsinteressen unabhängig zu sein,

d) handelt es sich bei dem Antragsteller um eine juristische Person, darf er keinen Erwerbszweck verfolgen und muss von Geschäftsinteressen unabhängig und ordnungsgemäß nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründet worden sein,

(4) Die Kommission widerruft den Mitgliedsstatus, wenn sie infolge einer Untersuchung, die sie von Amts wegen oder aufgrund von Informationen durchführt, die sie von Dritten erhalten hat, feststellt, dass das Mitglied die in Absatz 3 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. Vor dem Widerruf dieses Status gibt die Kommission der natürlichen oder juristischen Person Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen ihrer Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Person als Mitglied des Rates für soziale Medien zu äußern.

(5) Der Europäische Rat für soziale Medien veröffentlicht mindestens einmal jährlich in einem standardisierten und maschinenlesbaren Format klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über die Tätigkeiten, die er im betreffenden Zeitraum durchgeführt hat. 5. Die Kommission erlässt nach Konsultation der Agentur delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, in denen sie bestimmte Verfahren für die Arbeitsweise

Begründung

Social Media Councils were endorsed by former UN Special Rapporteur for Freedom of Speech David Kaye who recommended in April 2018 that “all segments of the ICT sector that moderate content or act as gatekeepers should make the development of industry-wide accountability mechanisms (such as a social media council) a top priority” (UN General Assembly 2018, para. 72) . This amendment establishes ‘Social Media Councils’ made up of members of civil society, experts for freedom of expression, democracy and technology, and representatives of groups particularly affected by hate speech to publicly debate exactly these key questions about online communication in the future. They can trigger debates, identify good and bad platform practice, and issue recommendations for action to politicians. It is important, however, that they should not make decisions about the (il)legality of individual posts.

**Änderungsantrag 1687
Róza Thun und Hohenstein**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 29

entfällt

Empfehlungssysteme

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht

zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Or. en

Änderungsantrag 1688

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 29 – Überschrift**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Empfehlungssysteme

Empfehlungssysteme *sehr großer Online-Plattformen*

Or. en

Änderungsantrag 1689

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 29 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4

entfällt

der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Or. en

Begründung

Nach oben verschoben, um dies auf alle Empfehlungssysteme anzuwenden. Siehe Artikel 24a (neu).

Änderungsantrag 1690

Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, ***darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.***

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können. ***Online-Plattformen stellen sicher, dass Verbraucher keinem standardmäßigen Profiling unterzogen werden, es sei denn, die Verbraucher haben im Einklang mit den Anforderungen der Verordnung (EU) 2016/679 entsprechend eingewilligt. Online-Plattformen dürfen die Autonomie, die Entscheidungsfreiheit und die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher nicht durch die Form, Funktion oder Art der Bedienung ihrer Online-Schnittstelle oder deren Komponenten beeinträchtigen oder einschränken.***

Or. en

Änderungsantrag 1691

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Marco Zullo, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in **klarer, barrierefreier** und leicht **verständlicher** Weise die wichtigsten Parameter **dar**, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 **Absatz 4** der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen **und auf einer eigenen Internetseite, die über ihre Online-Schnittstelle unmittelbar aufgerufen werden kann und leicht auffindbar ist, in einer für die Öffentlichkeit klaren, barrierefreien** und leicht **verständlichen** Weise die wichtigsten Parameter, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, **die Optimierungsziele ihrer Empfehlungssysteme** sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, **dar**, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 **Nummer 4** der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Or. en

Begründung

Nutzer, denen diese Optionen zur Verfügung gestellt werden, sollten sie ohne großen Aufwand wahrnehmen können.

Änderungsantrag 1692

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Marco Zullo, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die

Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in **klarer, barrierefreier** und leicht **verständlicher** Weise die wichtigsten Parameter **dar**, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 **Absatz 4** der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen **und auf einer eigenen Internetseite, die unmittelbar über ihre Online-Schnittstelle aufgerufen werden kann**, in **einer für die Öffentlichkeit klaren, barrierefreien** und leicht **verständlichen** Weise die wichtigsten Parameter, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, **die Optimierungsziele ihrer Empfehlungssysteme** sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, **dar**, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 **Nummer 4** der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Or. en

Änderungsantrag 1693

Adam Bielan, Kosma Złotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die **Empfehlungssysteme verwenden**, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter **dar**, die **in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.**

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die **mit Empfehlungssystemen oder anderen Systemen, darunter auch Systemen, mit denen die Auffindbarkeit von Inhalten verringert wird, die Reihenfolge der Darbietung von Inhalten bestimmen**, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter **dar, die in diesen Systemen verwendet werden.**

Or. en

Änderungsantrag 1694
Geert Bourgeois

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie *alle* Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Or. nl

Änderungsantrag 1695

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Diese Pflicht gilt unbeschadet etwaiger Geschäftsgeheimnisse in Bezug auf die zugrunde liegenden Algorithmen. Sehr große Online-Plattformen sind nicht verpflichtet, Informationen offenzulegen, die leicht verwendet werden könnten, um Suchergebnisse zum Nachteil von Kunden und anderen Endnutzern zu manipulieren.

Or. en

Begründung

Zu viele Informationen können dazu führen, dass ein System zum Nachteil der Verbraucher und anderer Nutzer ausgenutzt wird. Dem muss vorgebeugt werden.

Änderungsantrag 1696

Adam Bielan, Kosma Zlotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die in Absatz 1 genannten wichtigsten Parameter umfassen mindestens die folgenden Elemente:

- a) die wichtigsten Kriterien des jeweiligen Empfehlungssystems,**
- b) die Priorisierung dieser Kriterien,**
- c) das Optimierungsziel des jeweiligen Empfehlungssystems und**
- d) eine Erläuterung der Rolle, die das Verhalten der Nutzer im Hinblick auf die Funktionsweise des jeweiligen Empfehlungssystems spielt.**

Or. en

Änderungsantrag 1697

Leszek Miller, Maria Grapini, Marc Angel, Evelyne Gebhardt

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Parameter der Empfehlungssysteme sind stets fair und diskriminierungsfrei.

Or. en

Änderungsantrag 1698
Krzysztof Hetman

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Parameter der Empfehlungssysteme sind stets fair und diskriminierungsfrei.

Or. en

Änderungsantrag 1699
Adam Bielan, Kosma Złotowski, Beata Mazurek

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Sehr große Online-Plattformen stellen den Nutzern Optionen zur Änderung oder Beeinflussung der in Absatz 2 genannten Parameter zur Verfügung, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne von Artikel 4 Nummer 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Or. en

Änderungsantrag 1700
Adam Bielan, Kosma Złotowski, Beata Mazurek

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer

(2) Sehr große Online-Plattformen stellen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht,

ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

a) jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern,

b) ***Empfehlungssysteme von Dritten auszuwählen.***

Or. en

Änderungsantrag 1701

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Marco Zullo, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Geänderter Text

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine ***klare und*** leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Or. en

Änderungsantrag 1702

Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 2 a (neu)

(2a) Die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 verpflichten eine sehr große Online-Plattform nicht, Informationen offenzulegen, die die Sicherheit ihres Dienstes oder den Schutz vertraulicher Informationen, insbesondere Geschäftsgeheimnisse und Rechte des geistigen Eigentums, erheblich gefährden. Des Weiteren sind sehr große Online-Plattformen nicht verpflichtet, die Änderung von Systemen zu ermöglichen, die für die Sicherheit des Dienstes wesentlich sind.

Or. en

Änderungsantrag 1703

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Marcel Kolaja, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 2 a (neu)

(2a) Zusätzlich zu den für alle Online-Plattformen geltenden Verpflichtungen bieten sehr große Online-Plattformen den Nutzern die Möglichkeit, Empfehlungssysteme von Dritten auszuwählen, sofern diese verfügbar sind. Diesen Drittanbietern muss der Zugang zu denselben Betriebssystem-, Hardware- oder Softwarefunktionen ermöglicht werden, die die Plattform für die Bereitstellung ihrer Empfehlungssysteme zur Verfügung hat oder verwendet.

Or. en

Begründung

In line with new Article 33a new and based on the IMCO INL (resolution 2020/2018(INL), par. 81 and Chapter VII). An interoperability requirement has been recommended in varying forms by the special advisers to European Commission Vice-President Margrethe Vestager,

the UK's Furman and digital advertising reviews, and the US Stigler Report. The EDPS recommends to consider introducing interoperability requirements for very large online platforms (EDPS opinion, par. 84-85). The concentration of power with a few large social media platforms means users have limited choice, particularly on issues of privacy, accessibility, and free expression. Many users do not have a real choice to switch to privacy-friendly and secure alternative platforms because they are locked in platforms becoming more popular, to be able to receive essential messages related to their work, education etc. In order to overcome the lock-in effect of closed platforms and to ensure competition and consumer choice, users of very large platforms shall be given the ability to access cross-platform interaction via open interfaces. The interoperability obligation does not prevent platforms from offering additional and new functions to their users.

Änderungsantrag 1704

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Marco Zullo, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre Online-Schnittstelle so gestaltet ist, dass keine Gefahr besteht, dass die Nutzer in die Irre geführt oder manipuliert werden.

Or. en

Änderungsantrag 1705

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Marcel Kolaja, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Sehr große Online-Plattformen können den Zugriff auf die Empfehlungssysteme von Dritten nur vorübergehend und in Ausnahmefällen beschränken, wenn dies durch eine Verpflichtung gemäß Artikel 18 der Richtlinie (EU) 2020/0359 und gemäß Artikel 32 Absatz 1 Buchstabe c der

Verordnung (EU) 2016/679 gerechtfertigt ist. Betroffene Dritte und die Agentur werden binnen 24 Stunden von derartigen Beschränkungen in Kenntnis gesetzt. Die Agentur kann verlangen, dass derartige Beschränkungen aufgehoben oder geändert werden, wenn sie mit der Mehrheit der Stimmen beschließt, dass sie unnötig oder unverhältnismäßig sind.

Or. en

Begründung

Diese Änderung steht im Einklang mit dem legislativen Initiativbericht des IMCO-Ausschusses (P9_TA(2020)0272).

Änderungsantrag 1706

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Marcel Kolaja, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Sehr große Online-Plattformen dürfen die Daten, die infolge der Interoperabilitätsaktivitäten generiert oder von Dritten erhalten werden, nicht für andere Zwecke als die Ermöglichung dieser Aktivitäten kommerziell nutzen. Jede Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten muss mit der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c, im Einklang stehen.

Or. en

Begründung

In line with the IMCO INL P9_TA(2020)0272 (resolution 2020/2018(INL), par. 81 and Chapter VII). An interoperability requirement has been recommended in varying forms by the special advisers to European Commission Vice-President Margrethe Vestager, the UK's Furman and digital advertising reviews, and the US Stigler Re-port. The EDPS recommends

to consider introducing interoperability requirements for very large online platforms (EDPS opinion, par. 84-85). The concentration of power with a few large social media platforms means users have limited choice, particularly on issues of privacy, accessibility, and free expression. Many users do not have a real choice to switch to privacy-friendly and secure alternative platforms because they are locked in platforms becoming more popular, to be able to receive essential messages related to their work, education etc. In order to overcome the lock-in effect of closed platforms and to ensure competition and consumer choice, users of very large platforms shall be given the ability to access cross-platform interaction via open interfaces. The interoperability obligation does not prevent platforms from offering additional and new functions to their users.

Änderungsantrag 1707
Róża Thun und Hohenstein

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 29a

**Zusätzliche Anforderungen für
Empfehlungssysteme**

- (1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, können den Nutzern Optionen zur Verfügung stellen, damit diese die Optimierungsziele ändern oder beeinflussen und die Empfehlungskriterien der jeweiligen Systeme, die gemäß Artikel 23a Absatz 4 zur Verfügung stehen, reihen oder auswählen können.**
- (2) Beschließen sehr große Online-Plattformen, die Optionen gemäß Absatz 1 nicht zur Verfügung zu stellen, bieten sie den Nutzern die Möglichkeit, Empfehlungssysteme von Dritten auszuwählen, sofern diese verfügbar sind. Diesen Drittanbietern muss der Zugang zu denselben Betriebssystem-, Hardware- oder Softwarefunktionen ermöglicht werden, die die sehr große Online-Plattform für die Bereitstellung ihrer Empfehlungssysteme zur Verfügung hat oder verwendet.**
- (3) Die Kommission erlässt nach**

*Konsultation des Gremiums delegierte
Rechtsakte, in denen sie die
Anforderungen für Drittanbieter gemäß
Absatz 2 festlegt, um bei der Erbringung
von Diensten durch Dritte ein
angemessenes Maß an Datenschutz und
Datensicherheit sowie an Vielfalt und
Qualität der vorgeschlagenen
Informationen zu gewährleisten.*

Or. en

Änderungsantrag 1708

**Andreas Schieder, Christel Schaldemose, Evelyne Gebhardt, Maria Grapini, Marc
Angel**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 29a

*Empfehlungssysteme und individuelle
oder zielgruppenspezifische
Preisgestaltung auf Online-Marktplätzen*

*Die Beschreibung enthält auch Angaben
darüber, ob den Nutzern je nach Person
im Sinne von Artikel 6 Absatz 1
Buchstabe ea der Richtlinie 2011/83/EU
oder je nach zielgruppenspezifischen
Faktoren, insbesondere den verwendeten
Geräten und Standorten, unterschiedliche
Preise angezeigt werden. Gegebenenfalls
weist die Plattform deutlich sichtbar auf
diese Faktoren hin.*

Or. en

Änderungsantrag 1709

**Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Laurence
Farreng, Karen Melchior, Stéphane Séjourné, Christophe Grudler, Marco Zullo**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Überschrift**

Vorschlag der Kommission

Zusätzliche Transparenz **der** Online-Werbung

Geänderter Text

Zusätzliche Transparenz **für** Online-Werbung **und „Deep Fakes“ in den audiovisuellen Medien**

Or. en

Änderungsantrag 1710

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Marco Zullo, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Überschrift**

Vorschlag der Kommission

Zusätzliche Transparenz **der** Online-Werbung

Geänderter Text

Zusätzliche Transparenz **für** Online-Werbung **und „Deep Fakes“ in den audiovisuellen Medien**

Or. en

Begründung

Die Überschrift wurde entsprechend dem zusätzlichen Inhalt geändert.

Änderungsantrag 1711

Liesje Schreinemacher, Bart Groothuis, Hilde Vautmans, Marco Zullo, Karen Melchior, Morten Løkkegaard, Adrián Vázquez Lázara, Sandro Gozi

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Überschrift**

Vorschlag der Kommission

Zusätzliche Transparenz der Online-Werbung

Geänderter Text

Zusätzliche Transparenz **und zusätzlicher Schutz** der Online-Werbung

Or. en

Änderungsantrag 1712

Christel Schaldemose, Andreas Schieder, Maria Grapini, Maria-Manuel Leitão-Marques, Clara Aguilera, Adriana Maldonado López, Sylvie Guillaume, Biljana Borzan, Paul Tang, Brando Benifei, Monika Beňová, Marc Angel

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen **ein Jahr** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen **fünf Jahre** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen **mithilfe leicht zugänglicher, funktionaler und verlässlicher Instrumente** öffentlich zugänglich **und durchsuchbar. Sie stellen sicher, dass Anfragen mit mehreren Kriterien nach Werbetreibenden und nach allen Datenpunkten der Werbung durchgeführt werden können, und stellen für diese Anfragen aggregierte Daten zu den getätigten Ausgaben, dem Ziel der Werbung und dem Publikum, das der Werbetreibende erreichen möchte, bereit.** Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Or. en

Begründung

Indem im Archiv eine längere historische Reichweite ermöglicht wird, könnten Forscher und die Zivilgesellschaft vergangene Desinformationskampagnen besser analysieren. Mit diesem Änderungsantrag werden auch verlässliche und zugängliche Suchwerkzeuge ermöglicht, die für die breite Öffentlichkeit von Vorteil sein können, um die Rechenschaftspflicht in Bezug auf Werbung im Internet zu verbessern. Zusätzlich und im Interesse der Verbesserung der Rechenschaftspflicht von sehr großen Online-Plattformen müssen Forscher, Journalisten und die Zivilgesellschaft die Möglichkeit haben, in Online-Archiven eingehende Recherchen mit den oben genannten Kriterien durchzuführen.

Änderungsantrag 1713

Andrey Kovatchev, Sandra Kalniete, Rasa Juknevičienė, Dace Melbārde

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen **ein Jahr** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem **durchsuchbaren, leicht zugänglichen und funktionalen** Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen **drei Jahre** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. **Sie stellen sicher, dass Anfragen mit mehreren Kriterien nach Werbetreibenden und nach allen Datenpunkten der Werbung durchgeführt werden können** Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können. **Sie stellen sicher, dass bei Werbung, die gekennzeichnet, moderiert oder deaktiviert wurde, diese Kennzeichnungen für Nutzer und Forscher klar sichtbar und identifizierbar sind.**

Or. en

Begründung

Researchers need access to the data for a period of at least three years after the advertisement was displayed. Malign actors, for example, the owners of a network of assets from an online platform engaging in Coordinated Inauthentic Behaviour, have been known to re-emerge several years after an initial takedown. By providing a longer historical reach in the repository, such a provision would enable researchers and civil society to better analyse past disinformation campaigns. This amendment also makes it possible to have reliable and accessible research tools that can prove beneficial to the broader public to further the accountability of online advertisement.

Änderungsantrag 1714

Andrea Caroppo, Salvatore De Meo, Carlo Fidanza

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen **öffentlich** zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen **den zuständigen Behörden, Verlegern, Werbetreibenden und zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels oder des Artikels 31 erfüllen**, zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Or. en

Änderungsantrag 1715
Morten Løkkegaard

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können. **Die Daten werden durch einschlägige europäische**

***und internationale Normungsgremien
validiert.***

Or. en

Begründung

Der gewünschte Nutzen der Transparenz bei Online-Werbung kann nur erreicht werden, wenn die ausgetauschten Daten durch einschlägige europäische und internationale Normungsgremien validiert werden.

Änderungsantrag 1716

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Karen Melchior, Laurence Farreng, Stéphane Séjourné

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen **öffentlich** zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen **den zuständigen Behörden und zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Artikel 31 Absatz 4 erfüllen**, zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Or. en

Änderungsantrag 1717

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen **ein Jahr** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen **in einem leicht zugänglichen und leicht verständlichen Format sieben Jahre** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Or. en

Begründung

Die Speicherfrist ist viel zu kurz: Facebook speichert Werbung derzeit sieben Jahre lang, was von Forschern bereits als ein zu kurzer Zeitraum kritisiert wurde.

Änderungsantrag 1718 **Róza Thun und Hohenstein**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 30 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen **ein Jahr** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese **insbesondere** über Anwendungsprogrammierschnittstellen **zwei Jahre** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Änderungsantrag 1719

Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen **ein Jahr** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen **sechs Monate** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Or. en

Änderungsantrag 1720

Andrea Caroppo, Salvatore De Meo, Carlo Fidanza

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Inhalt der Werbung,

Geänderter Text

a) Inhalt der Werbung, **insbesondere der Name des Produkts, der Dienstleistung oder der Marke und der Gegenstand der Werbung,**

Or. en

Änderungsantrag 1721

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Marco Zullo, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

- a) Inhalt der Werbung,

Geänderter Text

- a) Inhalt der Werbung, ***einschließlich des Namens des Produkts, der Dienstleistung oder der Marke und des Gegenstands der Werbung,***

Or. en

Änderungsantrag 1722

Karen Melchior, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

- b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Geänderter Text

- b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird, ***sowie alle damit verbundenen erhaltenen Zahlungen,***

Or. en

Änderungsantrag 1723

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

- b) die ***natürliche*** oder ***juristische*** Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Geänderter Text

- b) die ***Identität und die Staatsangehörigkeit der natürlichen*** oder ***juristischen*** Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Or. fr

Änderungsantrag 1724

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng, Marco Zullo

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) die natürliche oder juristische Person, die für die Werbung bezahlt hat,

Or. en

Änderungsantrag 1725

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Marco Zullo, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher, Bart Groothuis

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) die natürliche oder juristische Person oder den Konzern, die bzw. der für die Werbung bezahlt hat,

Or. en

Änderungsantrag 1726

Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit
im Namen der ID-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche Hauptparameter zu diesem **entfällt**

Zweck verwendet wurden,

Or. en

Änderungsantrag 1727

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche **Hauptparameter** zu diesem Zweck verwendet wurden,

Geänderter Text

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche **Parameter** zu diesem Zweck verwendet wurden, **was auch alle Parameter einschließt, die zum Ausschluss bestimmter Gruppen verwendet werden,**

Or. en

Änderungsantrag 1728

Róza Thun und Hohenstein

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche **Hauptparameter** zu diesem Zweck verwendet wurden,

Geänderter Text

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche **Parameter** zu diesem Zweck verwendet wurden,

Or. en

Änderungsantrag 1729

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) falls dies offengelegt ist, eine Kopie der Inhalte der auf einer sehr großen Online-Plattform veröffentlichten kommerziellen Kommunikation, die nicht von der sehr großen Online-Plattform vermarktet, verkauft oder zusammengestellt wird und die der sehr großen Online-Plattform über geeignete Kanäle als solche gemeldet wurde,

Or. en

Begründung

Videoplattformen sind gemäß der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste verpflichtet, eine Funktion anzuwenden, über die die Nutzer gegenüber den Plattformen ihre Vermarktungstätigkeiten als Influencer offenlegen können; dadurch würde sichergestellt, dass die Plattformen im Hinblick auf diese Offenlegungen transparent sind.

Änderungsantrag 1730
Róza Thun und Hohenstein

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) die Gesamtzahl der erreichten Nutzer und **gegebenenfalls** aggregierte Zahlen für die Gruppe oder Gruppen von Nutzern, **an** die die **Werbung gezielt gerichtet war**.

e) die Gesamtzahl der erreichten Nutzer und, **falls vorhanden**, aggregierte Zahlen für die **Größe der** Gruppe oder Gruppen von Nutzern, **die der Werbetreibende erreichen wollte, sowie aggregierte Zahlen für die konkrete(n) Gruppe(n), die tatsächlich erreicht wurde(n), wobei zumindest die demografische und geografische Verteilung der Nutzer in jeder dieser Kategorien angegeben wird.**

Or. en

Änderungsantrag 1731

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) die Gesamtzahl der erreichten Nutzer und **gegebenenfalls** aggregierte Zahlen für die Gruppe oder Gruppen von Nutzern, an die die Werbung gezielt gerichtet war.

Geänderter Text

e) die Gesamtzahl der erreichten Nutzer **in Bezug auf Aufrufe der Werbung und Interaktionen damit und, falls vorhanden**, aggregierte Zahlen für die Gruppe oder Gruppen von Nutzern, an die die Werbung gezielt gerichtet war.

Or. en

Änderungsantrag 1732

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Laurence Farreng, Karen Melchior, Stéphane Séjourné, Christophe Grudler, Marco Zullo

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) die Gesamtzahl der erreichten Nutzer und **gegebenenfalls** aggregierte Zahlen für die Gruppe oder Gruppen von Nutzern, an die die Werbung gezielt gerichtet war.

Geänderter Text

e) die Gesamtzahl der **je Land** erreichten Nutzer und, **falls vorhanden**, aggregierte Zahlen für die Gruppe oder Gruppen von Nutzern, an die die Werbung gezielt gerichtet war,

Or. en

Änderungsantrag 1733

Andrea Caroppo, Salvatore De Meo, Carlo Fidanza

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) die Gesamtzahl der erreichten Nutzer und **gegebenenfalls** aggregierte Zahlen für die Gruppe oder Gruppen von

Geänderter Text

e) die Gesamtzahl der **je Land** erreichten Nutzer und, **falls vorhanden**, aggregierte Zahlen für die Gruppe oder

Nutzern, an die die Werbung gezielt gerichtet war.

Gruppen von Nutzern, an die die Werbung gezielt gerichtet war,

Or. en

Änderungsantrag 1734

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) im Falle von Werbung, die aufgrund einer im Einklang mit Artikel 14 übermittelten Meldung oder einer Anordnung nach Artikel 8 entfernt wurde, die in Absatz 2 Buchstaben b bis d genannten Angaben,

Or. en

Änderungsantrag 1735

Geoffroy Didier, Sabine Verheyen, Brice Hortefeux

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, lassen auf eigene Kosten und auf Antrag von Werbetreibenden in vernünftigen zeitlichen Abständen sowie unter fairen und verhältnismäßigen Bedingungen, die zwischen den Plattformen und den Werbetreibenden vereinbart werden, unabhängige Prüfungen durch Organisationen, die die Kriterien gemäß Artikel 28 Absatz 2 erfüllen, durchführen, um

a) quantitative und qualitative

Bewertungen von Fällen durchzuführen, in denen Werbung mit illegalen Inhalten oder Inhalten, die nicht mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar sind, in Verbindung steht,

b) eine betrügerische Nutzung ihrer Dienste zur Finanzierung illegaler Tätigkeiten aufzudecken,

c) die Leistung ihrer Werkzeuge im Hinblick auf den Markenschutz zu bewerten.

Der Bericht enthält eine Stellungnahme zur Leistung der Werkzeuge der sehr großen Online-Plattform im Hinblick auf den Markenschutz, die positiv, positiv mit Anmerkungen oder negativ ausfallen kann. Falls die Stellungnahme nicht positiv ist, werden operative Empfehlungen für besondere Maßnahmen im Hinblick auf die Einhaltung aller Pflichten und Verpflichtungszusagen gegeben.

Sehr große Online-Plattformen stellen den Werbetreibenden das Ergebnis der Prüfung auf Anfrage zur Verfügung.

Or. en

Begründung

Proposal to address the recurring difficulties of advertisers in obtaining information on the quality and performance of their advertising campaigns, which remain continuously dependent on the tools and metrics provided by the platforms, without any possibility for them to test and verify these "proprietary" indicators of the platforms ("black box" effect). To this end, advertisers are asking for the ability to audit these proprietary metrics by third parties independent from the platforms. The objective of these independent brand safety audits is to allow brands and advertisers to verify the accuracy and precision of the reports established unilaterally by the platforms.

Änderungsantrag 1736

Andrea Caroppo, Salvatore De Meo, Carlo Fidanza

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Verkaufen sehr große Online-Plattformen Flächen zur Anzeige von Werbung auf ihrer Online-Schnittstelle, enthält der mit dem Käufer oder dem Vertreter des Käufers geschlossene Vertrag eine Klausel, wonach die Plattform garantiert, dass kein Inhalt im Zusammenhang mit der Werbung mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform oder mit dem Recht des Wohnsitzmitgliedstaats der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird, unvereinbar ist. Anderslautende Klauseln sind nichtig.

Or. en

Änderungsantrag 1737

Andreas Schieder, Christel Schaldemose, Evelyne Gebhardt, Maria Grapini, Paul Tang, Marc Angel

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Das Archiv muss für die Nutzer leicht zugänglich sein und eine Möglichkeit für die Nutzer zur Übermittlung von Beschwerden und Meldungen enthalten, die direkt an die Plattform und den zuständigen Werbedienstleister gerichtet sind. Die Anforderungen an Meldungen nach Artikel 14 gelten auch für Meldungen und Beschwerden zu Werbeinhalten.

Or. en

Änderungsantrag 1738

Liesje Schreinemaker, Bart Groothuis, Hilde Vautmans, Marco Zullo, Karen Melchior, Morten Løkkegaard, Adrián Vázquez Lázara, Sandro Gozi

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sehr großen Online-Plattformen ist das Profiling von Kindern unter 16 Jahren zu gewerblichen Zwecken, einschließlich personalisierter Werbung, im Einklang mit den in Artikel 34 und der Verordnung (EU) 2016/679 festgelegten Branchennormen untersagt.

Or. en

Änderungsantrag 1739

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Laurence Farreng, Stéphane Séjourné, Christophe Grudler, Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Das Gremium veröffentlicht nach Konsultation vertrauenswürdiger Hinweisgeber und zugelassener Forscher Leitlinien für die Struktur und Organisation der gemäß Absatz 1 eingerichteten Archive.

Or. en

Änderungsantrag 1740

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher, Bart Groothuis

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Das Gremium veröffentlicht nach Konsultation vertrauenswürdiger Hinweisgeber und zugelassener Forscher

***Leitlinien für die Struktur und
Organisation der gemäß Absatz 1
eingerichteten Archive.***

Or. en

Begründung

*Aufgrund der Art der Archive sollte das Gremium vor der Festlegung einer Norm
üblicherweise zunächst Leitlinien bereitstellen.*

Änderungsantrag 1741

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***(2a) Die Online-Plattform unternimmt
angemessene Bemühungen, um
sicherzustellen, dass die in Absatz 2
genannten Angaben richtig und
vollständig sind.***

Or. en

Begründung

*Mit dem Gesetz über digitale Dienste sollten an die Plattformen verfahrensrechtliche
Anforderungen zur Überprüfung der Identität der Käufer von Werbung gestellt werden. Zwar
ist es unmöglich, mit dem Gesetz über digitale Dienste Betrug und Gelder undefinierbarer
Herkunft zu bekämpfen und zu verhindern, dass Werbetreibende Proxy-Agenten dafür
bezahlen, Werbung in ihrem Namen zu kaufen; von sehr großen Online-Plattformen kann
jedoch erwartet werden, die angegebene Identität der Käufer von Werbung zu überprüfen.
Facebook hat seine Überprüfungsverfahren für seine „Werbebibliothek“ bereits erweitert
und damit begonnen, umfassendere Unterlagen von künftigen Käufern von Werbung, wie
einen Nachweis über die Adresse oder eine persönliche Identifizierung, zu verlangen.*

Änderungsantrag 1742

Andrea Caroppo, Salvatore De Meo, Carlo Fidanza

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 b (neu)

(2b) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, lassen auf eigene Kosten und auf Antrag von Werbetreibenden und Verlegern in vernünftigen zeitlichen Abständen sowie unter fairen und verhältnismäßigen Bedingungen, die zwischen den Plattformen, den Werbetreibenden und den Verlegern vereinbart werden, unabhängige Prüfungen durch Organisationen, die die Kriterien gemäß Artikel 28 Absatz 2 erfüllen, durchführen, um

a) quantitative und qualitative Bewertungen von Fällen durchzuführen, in denen Werbung mit illegalen Inhalten in Verbindung steht,

b) eine betrügerische Nutzung ihrer Dienste zur Finanzierung illegaler Tätigkeiten aufzudecken,

c) die Leistung ihrer Werkzeuge im Hinblick auf den Markenschutz zu bewerten.

Der Bericht enthält eine Stellungnahme zur Leistung der Plattformwerkzeuge im Hinblick auf den Markenschutz, die positiv, positiv mit Anmerkungen oder negativ ausfallen kann, sowie in jenen Fällen, in denen die Stellungnahme nicht positiv ausfällt, operative Empfehlungen für besondere Maßnahmen im Hinblick auf die Einhaltung aller Pflichten und Verpflichtungszusagen. Die Plattformen stellen den Werbetreibenden und Verlegern die Ergebnisse dieser Prüfung auf Antrag zur Verfügung.

Or. en

Änderungsantrag 1743

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Marco Zullo, Svenja Hahn, Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Bart

Groothuis

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Erhält eine sehr große Online-Plattform Kenntnis davon, dass ein Inhalt ein sogenanntes Deep Fake darstellt, kennzeichnet der Anbieter in einer für die Nutzer klar erkennbaren Form den Inhalt als nicht authentisch.

Or. en

Begründung

Da Technologien immer besser werden, stellen Deep Fakes im Internet zunehmend ein Problem dar. Daher ist es angebracht, solche Inhalte zu kennzeichnen, wenn eine sehr große Online-Plattform Kenntnis davon erlangt. Damit ist jedoch nicht die Verpflichtung für sehr große Online-Plattformen verbunden, aktiv nach Deep Fakes zu suchen oder sie zu entfernen, solange sie nicht illegal sind.

Änderungsantrag 1744

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Karen Melchior, Laurence Farreng, Stéphane Séjourné, Marco Zullo

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Sehr große Online-Plattformen bemühen sich nach bestem Vermögen, gefälschte Videos („Deep Fakes“) zu erkennen. Wenn sie gefälschte Videos erkennen, müssen sie sie in einer Weise als gefälscht kennzeichnen, die für die Internetnutzer deutlich erkennbar ist.

Or. en

Änderungsantrag 1745

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Marco Zullo, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Die sehr große Online-Plattform gestaltet und organisiert ihre Online-Schnittstelle so, dass die Nutzer ihre Rechte bezüglich der Verarbeitung ihrer Daten für jede einzelne Werbung, die der betroffenen Person auf der Plattform angezeigt wird, nach geltendem Unionsrecht leicht und effizient ausüben können, insbesondere

a) das Recht auf Widerruf der Einwilligung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung,

b) das Recht auf Auskunft über die Daten der betroffenen Person,

c) das Recht auf Berichtigung von sie betreffenden unrichtigen Daten,

d) das Recht auf unverzügliche Löschung der Daten.

Wenn ein Nutzer eines dieser Rechte geltend macht, muss die Online-Plattform alle Parteien, denen die unter den Buchstaben a bis d aufgeführten personenbezogenen Daten offengelegt wurden, davon in Kenntnis setzen.

Or. en

Begründung

Nutzer sollten leicht und aktiv mit Werbung interagieren und den Datenaustausch kontrollieren können. Dies wirkt sich jedoch nicht auf die Möglichkeit von Online-Plattformen aus, einen Nutzer von ihrem Dienst auszuschließen.

Änderungsantrag 1746

Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Valérie Hayer, Fabienne Keller, Christophe Grudler, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 c (neu)

(2c) Sehr große Online-Plattformen, die Flächen zur Anzeige von Werbung auf ihrer Online-Schnittstelle verkaufen, garantieren den Käufern von Werbeflächen über Standardvertragsklauseln, dass der mit der Werbung verbundene Inhalt mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform oder mit dem Recht des Wohnsitzmitgliedstaats der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird, vereinbar ist.

Or. en

Änderungsantrag 1747

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 d (neu)**

(2d) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, lassen auf eigene Kosten und auf Antrag von Werbetreibenden unabhängige Prüfungen durch Organisationen, die die Kriterien gemäß Artikel 28 Absatz 2 erfüllen, durchführen. Diese Prüfungen müssen auf fairen und verhältnismäßigen Bedingungen beruhen, die zwischen den Plattformen und den Werbetreibenden vereinbart werden, in vernünftigen zeitlichen Abständen durchgeführt werden und Folgendes umfassen:

- a) quantitative und qualitative Bewertungen von Fällen, in denen Werbung mit illegalen Inhalten oder Inhalten, die mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattformen unvereinbar sind, in Verbindung steht;**
- b) die Überwachung und Aufdeckung**

betrügerischer Nutzung ihrer Dienste zur Finanzierung illegaler Aktivitäten;

c) eine Bewertung der Leistung ihrer Werkzeuge im Hinblick auf den Markenschutz.

Der Prüfbericht enthält eine Stellungnahme zur Leistungsfähigkeit der Plattformwerkzeuge im Hinblick auf den Markenschutz. Ist die Stellungnahme nicht positiv, so enthält der Bericht operative Empfehlungen an die Plattformen für besondere Maßnahmen im Hinblick auf die Einhaltung aller Pflichten und Verpflichtungszusagen.

Die Plattformen stellen den Werbetreibenden die Ergebnisse dieser Prüfung auf Antrag zur Verfügung.

Or. en

Änderungsantrag 1748

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Marco Zullo, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2d) Macht ein Nutzer eines der in Absatz 2c Buchstabe a, c oder d genannten Rechte geltend, muss die Online-Plattform die Anzeige von Werbungen, für die die betreffenden personenbezogenen Daten oder auf ihnen beruhende Parameter verwendet werden, umgehend einstellen.

Or. en

Begründung

Es ist nur logisch, dass der Datenaustausch eingestellt werden sollte, wenn die Einwilligung zurückgezogen wird. Dies wirkt sich jedoch nicht auf die Möglichkeit von Online-Plattformen aus, einen Nutzer aufgrund der fehlenden Einwilligung von ihrem Dienst auszuschließen.

Änderungsantrag 1749

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Marco Zullo, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher, Bart Groothuis

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 30 – Absatz 2 e (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2e) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihrer Online-Schnittstelle anzeigen, stellen sicher, dass die Werbetreibenden

a) Informationen darüber anfordern und einholen können, wo ihre Werbung angezeigt wird,

b) Informationen über den Vermittler anfordern und einholen können, von dem ihre Daten bearbeitet wurden.

Or. en

Begründung

Zwar ist es nicht möglich, diese Informationen im Voraus bereitzustellen, jedoch gibt es keinen Grund, solche Informationen nicht im Nachhinein, bis zum Datum des Antrags, bereitzustellen. Aufgrund des Archivs sollten diese Informationen zur Verfügung stehen.

Änderungsantrag 1750

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen ***innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist*** Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen ***unverzüglich vollständig*** Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der

Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke. ***In Bezug auf Systeme zur Moderation von Inhalten und Empfehlungssysteme gewähren sehr große Online-Plattformen dem Koordinator für digitale Dienste oder der Kommission auf Verlangen Zugang zu Algorithmen und den zugehörigen Daten, die die Erkennung möglicher Verzerrungen ermöglichen, die dazu führen könnten, dass illegale Inhalte oder Inhalte, die im Widerspruch zu ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen stehen oder eine Bedrohung für die Grundrechte, etwa die Freiheit der Meinungsäußerung, darstellen, verbreitet werden. Wird eine Verzerrung erkannt, so korrigieren sehr große Online-Plattformen diese Verzerrung gemäß den Empfehlungen des Koordinators für digitale Dienste oder der Kommission sofort. Sehr große Online-Plattformen sollten bei jedem Schritt des Verfahrens gemäß diesem Artikel nachweisen können, dass sie die Rechtsvorschriften einhalten.***

Or. en

Änderungsantrag 1751

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron, Alessandra Basso

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, ***dem Koordinator für digitale Dienste am Bestimmungsort*** oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die

erforderlich sind. **Dieser** Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. **Der** Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Or. fr

Änderungsantrag 1752

Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist, **die 72 Stunden nicht überschreitet**, Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Or. en

Änderungsantrag 1753

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste **am Niederlassungsort oder der Kommission** auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste **oder einer unabhängigen Durchsetzungs- und Überwachungsstelle der Agentur** auf deren begründetes

angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Or. en

Änderungsantrag 1754

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der **Kommission** innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen **von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort**, des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der **Agentur** innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, **zugelassenen Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck oder zugelassenen Medienorganisationen**, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung, **zur Minderung** und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 **und Artikel 27 Absatz 1** beitragen.

Or. en

Begründung

Hinzufügung der Möglichkeit für Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort, für zugelassene Organisationen Zugang zu Daten einer Plattform zu beantragen, um einen Engpass im Niederlassungsmitgliedstaat zu vermeiden, was auch mit den

Änderungsantrag 1755

Karen Melchior, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, **oder Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich mit der Überwachung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und der europäischen Werte befassen**, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen, **oder zu Bildungszwecken**.

Or. en

Änderungsantrag 1756

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron, Alessandra Basso

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort, **des Koordinators für digitale Dienste am Bestimmungsort** oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist

Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

Or. fr

Änderungsantrag 1757

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung **und** zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 **Absatz 1** beitragen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort, **dreier Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort** oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung, zum Verständnis **und zur Minderung** systemischer Risiken gemäß Artikel 26 **und 27** beitragen.

Or. en

Änderungsantrag 1758

Andrey Kovatchev, Sandra Kalniete, Rasa Juknevičienė, Dace Melbārde

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den

Geänderter Text

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den

Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen ***und mit leicht zugänglichen und nutzerfreundlichen Mechanismen für die Suche nach mehreren Kriterien, etwa jenen, die im Einklang mit den Verpflichtungen nach den Artikeln 13, 23 und 33 gemeldet wurden.***

Or. en

Begründung

Für zugelassene Forscher ist der Zugang zu kleineren, spezifischen und leicht durchsuchbaren Datensätzen wichtiger als eine große Datenbank. Im Rahmen der Verordnung muss auf das Risiko der Überhäufung von Forschern mit unnötigen Daten geachtet werden, durch die die Kontrolle von Online-Plattformen schwieriger wird.

Änderungsantrag 1759

Christel Schaldemose, Andreas Schieder, Maria Grapini, Maria-Manuel Leitão-Marques, Clara Aguilera, Adriana Maldonado López, Biljana Borzan, Paul Tang, Evelyne Gebhardt, Brando Benifei, Monika Beňová, Marc Angel

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

Geänderter Text

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen ***und mit leicht zugänglichen und nutzerfreundlichen Mechanismen für die Suche nach mehreren Kriterien, etwa jenen, die im Einklang mit den Verpflichtungen nach den Artikeln 13 und 23 gemeldet wurden.***

Or. en

Änderungsantrag 1760

Karen Melchior, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Sehr große Online-Plattformen stellen dem Nutzer auf dessen Antrag, mindestens aber einmal jährlich, umfassende Informationen über die im Vorjahr verwendeten Daten, die den Nutzer betreffen, zur Verfügung. Die Informationen umfassen eine Auflistung dessen, welche Daten erhoben wurden, wie sie verwendet wurden und an welche Dritte sie weitergegeben wurden. Online-Plattformen stellen diese Informationen auf leicht verständliche Weise dar.

Or. en

Änderungsantrag 1761

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher, Bart Groothuis

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher

1. mit akademischen Einrichtungen innerhalb der Union verbunden sein, wobei die Einrichtungen die Kompetenz der Forscher bescheinigen müssen;

2. unabhängig von gewerblichen Interessen, einschließlich sehr großer Online-Plattformen, sein;
3. **unabhängig von Regierungen, Verwaltungseinrichtungen oder sonstigen staatlichen Stellen sein – mit Ausnahme öffentlicher akademischer Einrichtungen, mit denen sie verbunden sind;**
4. **einer unabhängigen Hintergrund- und Sicherheitsüberprüfung im Einklang mit den Rechtsvorschriften des Wohnsitzmitgliedstaats unterzogen worden sein;**
5. **in der Union wohnhaft sein;**
6. nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und
7. sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Or. en

Begründung

Die Vorschriften für die „Zulassung“ sollten in dieser Verordnung klar festgelegt werden.

Änderungsantrag 1762

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher **mit akademischen Einrichtungen verbunden sein**, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf **den Gebieten** verfügen, **die** mit den

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher unabhängig von gewerblichen Interessen sein, **dürfen keine finanziellen Mittel von sehr großen Online-Plattformen im Sinne von Artikel 25 erhalten, müssen alle**

untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden ***zusammenhängen***, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Finanzierungsquellen offenlegen, nachweislich über Sachkenntnis auf ***dem Gebiet*** verfügen, ***das*** mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden ***zusammenhängt***, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Um zugelassen zu werden, müssen Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck die in Artikel 68 festgelegten Anforderungen erfüllen, satzungsmäßige Ziele haben, die im öffentlichen Interesse sind, und über Sachkenntnis auf den in Artikel 26 genannten Gebieten verfügen.

Or. en

Änderungsantrag 1763

Andrey Kovatchev, Sandra Kalniete, Rasa Juknevičienė, Dace Melbārde

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen, ***Journalisten, Organisationen der Zivilgesellschaft oder internationalen Organisationen, die das öffentliche Interesse vertreten***, verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Or. en

Begründung

Um eine wirksame Überwachung dieser Verordnung und die internationale Zusammenarbeit sicherzustellen, sollten auch Forscher von Organisationen wie beispielsweise der NATO, der OECD oder der WHO die Möglichkeit haben, zugelassen zu werden und die einschlägigen Daten zu erhalten. Die wissenschaftliche Gemeinschaft umfasst eine Vielzahl von Akteuren und nicht nur Forscher, die mit akademischen Einrichtungen verbunden sind. Zudem sind in Artikel 89 DSGVO Garantien und Ausnahmen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken vorgesehen.

Änderungsantrag 1764 **Róza Thun und Hohenstein**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 31 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen **oder Organisationen der Zivilgesellschaft** verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, **die Finanzierung ihrer Forschung offenlegen**, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Or. en

Änderungsantrag 1765 **Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 31 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die **wissenschaftlichen** Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen **und den sehr großen Online-Plattformen, von denen sie Daten erlangen wollen**, sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Or. en

Änderungsantrag 1766

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Geänderter Text

(4) Um **von den Koordinatoren für digitale Dienste** zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit **europäischen** akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Or. fr

Änderungsantrag 1767

Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec, Barbara Thaler

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen *sein*, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen, **die Finanzierung der Forschung offenlegen**, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Or. en

Änderungsantrag 1768

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Hat eine sehr große Online-Plattform oder ein Koordinator für digitale Dienste Grund zu der Annahme, dass ein Forscher nicht zu den in Absatz 2 genannten Zwecken handelt oder die in Absatz 4 festgelegten Bedingungen nicht mehr erfüllt, wird der Zugang zu den Daten entzogen und der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort entscheidet, ob, wann und unter welchen Bedingungen der Zugang

wiederhergestellt wird.

Or. en

Begründung

Es besteht ein echtes Risiko, dass der gewährte Zugang missbräuchlich genutzt wird. Daher müssen in der Verordnung Werkzeuge vorgesehen werden, die die Überprüfung solcher Fälle ermöglichen.

Änderungsantrag 1769

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung *des Gremiums* delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung *der Agentur* delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher, ***Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck bzw. Medienorganisationen*** im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Or. en

Änderungsantrag 1770

Andrey Kovatchev, Sandra Kalniete, Rasa Juknevičienė, Dace Melbārde

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums ***und spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Rechtsakts*** delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Or. en

Begründung

Die Kommission sollte ohne unangemessene Verzögerung auf eine zeitnahe Annahme des delegierten Rechtsakts hinwirken. Die Hinzufügung einer Frist von einem Jahr nach Inkrafttreten des Rechtsakts wird dazu beitragen, langwierige und endlose Verhandlungen zu vermeiden und gleichzeitig dem Mitgesetzgeber und den interessierten Parteien genügend Vorbereitungszeit zu gewähren.

Änderungsantrag 1771

Christel Schaldemose, Andreas Schieder, Maria Grapini, Maria-Manuel Leitão-Marques, Clara Aguilera, Adriana Maldonado López, Sylvie Guillaume, Biljana Borzan, Paul Tang, Evelyne Gebhardt, Brando Benifei, Monika Beňová, Marc Angel

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums ***und spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Rechtsakts*** delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Or. en

Änderungsantrag 1772

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 5**

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der

Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, *insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.*

Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen.

Or. fr

Änderungsantrag 1773
Karen Melchior, Anna Júlia Donáth

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 *und* 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1, 2 *und 3a* zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Or. en

Änderungsantrag 1774
Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, **insbesondere von Geschäftsgeheimnissen**, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Or. en

Änderungsantrag 1775

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus **einem der beiden** folgenden **Gründe** außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Geänderter Text

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus **den** folgenden **Gründen** außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

a) *eine sehr große Online-Plattform hat im Fall eines Antrags nach Absatz 1 keinen Zugriff auf die Daten und kann ihn nicht mit vertretbarem Aufwand erhalten,*

b) *eine sehr große Online-Plattform hat im Fall eines Antrags nach Absatz 2 keinen Zugang zu den Daten oder die Gewährung des Zugangs zu den Daten führt zu erheblichen Schwachstellen bei der Sicherheit ihres Dienstes oder beim Schutz vertraulicher Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen.*

Or. en

Änderungsantrag 1776
Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der beiden folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Geänderter Text

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, *den Koordinator für digitale Dienste am Bestimmungsort* bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der beiden folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Or. fr

Änderungsantrag 1777
Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich ***aus einem der beiden folgenden Gründe*** außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Geänderter Text

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren, ***da sie keinen Zugang zu den Daten hat.***

Or. en

Änderungsantrag 1778

Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 6 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(6) Innerhalb von ***15*** Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich ***aus einem der beiden folgenden Gründe*** außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Geänderter Text

(6) Innerhalb von ***drei*** Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren, ***da***

Or. en

Änderungsantrag 1779

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 6 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) *sie hat keinen Zugriff auf die Daten;* *entfällt*

Or. en

Änderungsantrag 1780

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) *die Gewährung des Zugangs zu den Daten wird zu erheblichen Schwachstellen bei der Sicherheit ihres Dienstes oder beim Schutz vertraulicher Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, führen.* *entfällt*

Or. en

Begründung

Dies steht mit Erwägung 60 im Einklang.

Änderungsantrag 1781

Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) *die Gewährung des Zugangs zu den Daten wird zu erheblichen Schwachstellen bei der Sicherheit ihres Dienstes oder beim Schutz vertraulicher Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, führen.* *entfällt*

Or. en

Änderungsantrag 1782
Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Gewährung des Zugangs zu den Daten wird zu erheblichen Schwachstellen **bei der Sicherheit ihres Dienstes oder** beim Schutz vertraulicher Informationen, **insbesondere von** Geschäftsgeheimnissen, führen.

Geänderter Text

b) die Gewährung des Zugangs zu den Daten wird zu erheblichen Schwachstellen beim Schutz vertraulicher Informationen **der Nutzer einschließlich** Geschäftsgeheimnissen führen.

Or. fr

Änderungsantrag 1783
Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec, Barbara Thaler

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

(7) **Änderungsanträge nach Absatz 6 Buchstabe b müssen Vorschläge für ein oder mehrere Alternativen enthalten, wie der Zugang zu den angeforderten Daten oder zu anderen Daten gewährt werden kann, die für die Zwecke des Verlangens angemessen und ausreichend sind.**

Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission entscheidet innerhalb von 15 Tagen über den Änderungsantrag und teilt der sehr großen Online-Plattform den betreffenden Beschluss sowie gegebenenfalls das geänderte Verlangen mit der neuen Frist für dessen Erfüllung mit.

Geänderter Text

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 1784
Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7) Änderungsanträge nach Absatz 6 Buchstabe b müssen Vorschläge für ein oder mehrere Alternativen enthalten, wie der Zugang zu den angeforderten Daten oder zu anderen Daten gewährt werden kann, die für die Zwecke des Verlangens angemessen und ausreichend sind.

entfällt

Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission entscheidet innerhalb von 15 Tagen über den Änderungsantrag und teilt der sehr großen Online-Plattform den betreffenden Beschluss sowie gegebenenfalls das geänderte Verlangen mit der neuen Frist für dessen Erfüllung mit.

Or. en

Änderungsantrag 1785
Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron, Alessandra Basso

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 7 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission entscheidet innerhalb von 15 Tagen über den Änderungsantrag und teilt der sehr großen Online-Plattform den betreffenden Beschluss sowie gegebenenfalls das geänderte Verlangen mit der neuen Frist für dessen Erfüllung mit.

Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, **der Koordinator für digitale Dienste am Bestimmungsort** oder die Kommission entscheidet innerhalb von 15 Tagen über den Änderungsantrag und teilt der sehr großen Online-Plattform den betreffenden Beschluss sowie gegebenenfalls das geänderte Verlangen mit der neuen Frist für dessen Erfüllung mit.

Or. fr

Änderungsantrag 1786

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Die Koordinatoren für digitale Dienste und die Kommission führen eine Liste der zugelassenen Forscher sowie der zugelassenen Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck und übermitteln einmal jährlich folgende Informationen:

- a) die Zahl der an sie gerichteten Verlangen gemäß den Absätzen 1 und 2,**
- b) die Zahl der vom Koordinator für digitale Dienste oder von der Kommission abgelehnten Verlangen und die Gründe für deren Ablehnung,**
- c) die Zahl der vom Koordinator für digitale Dienste oder von der Kommission abgelehnten Verlangen und die Gründe für deren Ablehnung, nachdem eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste oder die Kommission aufgefordert hatte, ein in den Absätzen 1 und 2 genanntes Verlangen zu ändern.**

Or. en

Änderungsantrag 1787

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Die Koordinatoren für digitale Dienste und die Kommission übermitteln

einmal jährlich folgende Informationen:

- a) die Zahl der an sie gerichteten Verlangen gemäß den Absätzen 1 und 2,*
- b) die Zahl der vom Koordinator für digitale Dienste oder von der Kommission abgelehnten oder aufgehoben Verlangen und die Gründe für deren Ablehnung oder Aufhebung, auch nachdem eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste oder die Kommission aufgefordert hatte, ein in den Absätzen 1 und 2 genanntes Verlangen zu ändern.*

Or. en

Begründung

Selbstverständlich sollten die Koordinatoren für digitale Dienste und die Kommission im Hinblick auf ihre Handlungen und Entscheidungen in gleichem Maße transparent sein.

Änderungsantrag 1788

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Nach Abschluss der in Artikel 31 Absatz 2 vorgesehenen Forschungsarbeiten machen die zugelassenen Forscher ihre Forschungsarbeiten unter Berücksichtigung der Rechte und Interessen der betroffenen Nutzer im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 öffentlich zugänglich.

Or. en

Änderungsantrag 1789

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 7 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- (7b) Die Koordinatoren für digitale Dienste und die Kommission übermitteln einmal jährlich folgende Informationen:**
- a) die Zahl der an sie gerichteten Verlangen gemäß den Absätzen 1 und 2,**
 - b) die Zahl der vom Koordinator für digitale Dienste oder von der Kommission abgelehnten Verlangen und die Gründe für deren Ablehnung,**
 - c) die Zahl der vom Koordinator für digitale Dienste oder von der Kommission abgelehnten Verlangen und die Gründe für deren Ablehnung, nachdem eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste oder die Kommission aufgefordert hatte, ein in den Absätzen 1 und 2 genanntes Verlangen zu ändern.**

Or. en

Änderungsantrag 1790

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 7 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- (7b) Die Kommission gibt regulatorische Leitlinien für sehr große Online-Plattformen heraus und konsultiert den Europäischen Datenschutzausschuss, um die Ausarbeitung und Umsetzung von Verhaltenskodizes auf der Ebene der Union zwischen sehr großen Online-Plattformen und zugelassenen Forschern, zugelassenen Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck bzw. Medienorganisationen zu erleichtern,**

damit angemessene technische und organisatorische Schutzvorkehrungen umgesetzt werden, bevor Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 ausgetauscht werden können.

Or. en

Änderungsantrag 1791

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 31 – Absatz 7 c (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7c) Nach Abschluss der in Artikel 31 Absatz 2 vorgesehenen Forschungsarbeiten machen die zugelassenen Forscher, Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck bzw. Medienorganisationen ihre Forschungsarbeiten unter umfassender Berücksichtigung der Rechte und Interessen der betroffenen Nutzer im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 öffentlich zugänglich.

Or. en

Änderungsantrag 1792

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron, Alessandra Basso

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 32 – Absatz 3 – Buchstabe a**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) Zusammenarbeit mit dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und mit der Kommission für die Zwecke dieser Verordnung;

a) Zusammenarbeit mit dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, **mit dem Koordinator für digitale Dienste am Bestimmungsort** und mit der Kommission für die Zwecke

dieser Verordnung;

Or. fr

Änderungsantrag 1793

Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 32 – Absatz 3 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Zusammenarbeit mit dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **und** mit der Kommission für die Zwecke dieser Verordnung;

Geänderter Text

a) Zusammenarbeit mit dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, mit der Kommission **und mit dem Gremium** für die Zwecke dieser Verordnung;

Or. en

Änderungsantrag 1794

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron, Alessandra Basso

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 32 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Sehr große Online-Plattformen teilen **dem Koordinator** für digitale Dienste **am Niederlassungsort** und der Kommission die Namen und die Kontaktangaben der Compliance-Beauftragten mit.

Geänderter Text

(5) Sehr große Online-Plattformen teilen **den Koordinatoren** für digitale Dienste und der Kommission die Namen und die Kontaktangaben der Compliance-Beauftragten mit.

Or. fr

Änderungsantrag 1795

Barbara Thaler, Arba Kokalari

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 32 a (neu)

Artikel 32a

***Von sehr großen Online-Plattformen
eingerichtete Kontaktstellen***

***(1) Sehr große Online-Plattformen
gewähren auch Gewerbetreibenden, die in
einer bestimmten Beziehung zum
Anbieter von Vermittlungsdiensten
stehen, wie etwa gewerblichen Nutzern,
Zugang zu ihren Kontaktstellen nach
Artikel 10.***

***(2) Direkte elektronische und
telefonische Kommunikation wird in der
Sprache der allgemeinen
Geschäftsbedingungen, die das
Vertragsverhältnis zwischen dem Anbieter
der Online-Plattform und dem
betroffenen gewerblichen Nutzer regeln,
ermöglicht.***

***(3) Eine aussagekräftige schriftliche
Antwort auf die Anfrage wird innerhalb
von sieben Tagen übermittelt.***

Or. en

Änderungsantrag 1796

Andrey Kovatchev, Sandra Kalniete, Rasa Juknevičienė, Dace Melbārde

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 33 – Absatz 1

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle sechs Monate die in Artikel 13 genannten Berichte.

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle sechs Monate die in Artikel 13 genannten Berichte. ***Die Berichte enthalten nach Mitgliedstaat aufgeschlüsselte Informationen und eindeutige Angaben zu den personellen und technischen Ressourcen, die zum Zweck der Moderation von Inhalten für***

jede Amtssprache der EU zugewiesen werden.

Or. en

Begründung

Große Online-Plattformen müssen nachweisen, dass die Verpflichtungen zur Bekämpfung der Desinformation in allen Mitgliedstaaten angemessen erfüllt werden. Zu diesem Zweck müssen sie Daten vorlegen, die nach Mitgliedstaat und nach Markt, der in einer Sprache bedient wird, aufgeschlüsselt sind, und zudem über die Ressourcen, die für Faktenprüfungen und die Moderation von Inhalten in den einzelnen Mitgliedstaaten eingesetzt werden, Bericht erstatten.

Änderungsantrag 1797

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle sechs Monate die in Artikel 13 genannten Berichte.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle sechs Monate ***in einem standardisierten, maschinenlesbaren und leicht zugänglichen Format*** die in Artikel 13 genannten Berichte.

Or. en

Änderungsantrag 1798

Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs

Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle **sechs** Monate die in Artikel 13 genannten Berichte.

Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle **zwölf** Monate die in Artikel 13 genannten Berichte.

Or. en

Änderungsantrag 1799

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 33 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Solche Berichte enthalten Informationen zur Moderation von Inhalten, die nach Mitgliedstaaten aufgeschlüsselt sind und für die einzelnen Mitgliedstaaten, in denen die Dienste angeboten werden, und die Union insgesamt aufgeführt sind. Die Berichte werden in mindestens einer der Amtssprachen der Mitgliedstaaten der Union, in denen die Dienste angeboten werden, veröffentlicht.

Or. en

Begründung

Um ein besseres Verständnis der Berichterstattungsdaten zu ermöglichen, sollten sie sowohl für jeden einzelnen Mitgliedstaat als auch für die Union insgesamt aufgeführt werden.

Änderungsantrag 1800

Marco Zullo

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 33 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Zusätzlich zu den in Artikel 13 genannten Berichten machen sehr große Online-Plattformen mindestens einmal

(2) Zusätzlich zu den in Artikel 13 genannten Berichten machen sehr große Online-Plattformen mindestens einmal

jährlich und innerhalb von 30 Tagen nach Annahme des in Artikel 28 Absatz 4 genannten Berichts über die Umsetzung der Prüfergebnisse folgende Unterlagen öffentlich zugänglich und übermitteln sie dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und der Kommission:

jährlich und innerhalb von 30 Tagen nach Annahme des in Artikel 28 Absatz 4 genannten Berichts über die Umsetzung der Prüfergebnisse folgende Unterlagen öffentlich zugänglich, **übermitteln sie ihren Nutzern** und übermitteln sie dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und der Kommission:

Or. en

Änderungsantrag 1801

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 33 – Absatz 2 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) aggregierte Zahlen für die Gesamtansichten und die Ansichtsrate von Inhalten vor einer Entfernung auf der Grundlage von Anordnungen, die gemäß Artikel 8 erlassen wurden, oder der Moderation von Inhalten, die auf eigene Initiative des Anbieters und gemäß seinen allgemeinen Geschäftsbedingungen betrieben wurde.

Or. en

Begründung

Durch diese Abänderung soll die Transparenz erhöht werden, um zu verstehen, wie effizient sehr große Online-Plattformen sind, wenn es darum geht, Inhalte zu entfernen, und wie häufig ein Inhalt angesehen oder geteilt wurde, bevor er entfernt wird.

Änderungsantrag 1802

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Marco Zullo

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 33 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Berichte enthalten Angaben zur Moderation von Inhalten, aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaaten, in denen die Dienste angeboten werden, und in der Union insgesamt, und werden in den Amtssprachen der Union veröffentlicht.

Or. en

Änderungsantrag 1803

Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Ist eine sehr große Online-Plattform der Auffassung, dass die Veröffentlichung von Informationen gemäß Absatz 2 zur Offenlegung vertraulicher Informationen dieser Plattform oder der Nutzer führen, erhebliche Schwachstellen für die Sicherheit ihres Dienstes verursachen, die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen oder Nutzern schaden könnte, so kann sie diese Informationen aus den Berichten entfernen. In diesem Fall übermittelt die Plattform dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und der Kommission die vollständigen Berichte zusammen mit einer Begründung für die Entfernung der Informationen aus der öffentlichen Fassung der Berichte.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 1804

Christel Schaldemose, Andreas Schieder, Maria Grapini, Maria-Manuel Leitão-Marques, Clara Aguilera, Adriana Maldonado López, Sylvie Guillaume, Biljana Borzan, Paul Tang, Evelyn Gebhardt, Brando Benifei, Monika Beňová, Marc Angel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 33a

Rechenschaftspflicht für Algorithmen

(1) Bei der Nutzung automatisierter Entscheidungsfindung nimmt die sehr große Online-Plattform eine Bewertung der verwendeten Algorithmen vor.

(2) Bei der Durchführung der Bewertung gemäß Absatz 1 wird von der sehr großen Online-Plattform Folgendes bewertet:

a) die Einhaltung der entsprechenden Anforderungen der Union;

b) die Art, wie der Algorithmus verwendet wird, und seine Auswirkungen auf die Bereitstellung des Dienstes;

c) die Auswirkungen auf die Grundrechte, einschließlich der Verbraucherrechte, sowie die sozialen Auswirkungen der Algorithmen und

d) ob die von der sehr großen Online-Plattform umgesetzten Maßnahmen zur Sicherstellung der Widerstandsfähigkeit des Algorithmus im Hinblick auf die Bedeutung des Algorithmus für die Bereitstellung des Dienstes und seine Auswirkungen auf die unter Buchstabe c genannten Elemente angemessen sind.

(3) Bei der Durchführung ihrer Bewertung kann die sehr große Online-Plattform sich von einschlägigen nationalen Behörden, Forschern und Nichtregierungsorganisationen beraten lassen.

(4) Nach der Bewertung gemäß Absatz 2 teilt die sehr große Online-Plattform der Kommission ihre Ergebnisse mit. Die Kommission ist berechtigt, zusätzliche Erläuterungen in Bezug auf die Schlussfolgerungen zu den

Ergebnissen oder, falls die zusätzlichen Informationen über die Ergebnisse, die bereitgestellt wurden, nicht ausreichend sind, alle einschlägigen Informationen über den betreffenden Algorithmus im Zusammenhang mit Absatz 2 Buchstaben a, b, c und d anzufordern. Die sehr große Online-Plattform übermittelt diese zusätzlichen Informationen innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach dem Antrag der Kommission.

(5) Wenn die sehr große Online-Plattform zu der Auffassung gelangt, dass der verwendete Algorithmus mit Absatz 2 Buchstaben a oder d dieses Artikels nicht im Einklang steht, ergreift der Anbieter der sehr großen Online-Plattform geeignete und angemessene Korrekturmaßnahmen, um sicherzustellen, dass der Algorithmus die in Absatz 2 dargelegten Kriterien erfüllt.

(6) Wenn die Kommission auf der Grundlage der von der sehr großen Online-Plattform bereitgestellten Informationen zu der Auffassung gelangt, dass der von der sehr großen Online-Plattform verwendete Algorithmus mit Absatz 2 Buchstaben a, c oder d dieses Artikels nicht im Einklang steht, und die sehr große Online-Plattform keine Korrekturmaßnahmen gemäß Absatz 5 dieses Artikels ergriffen hat, empfiehlt die Kommission geeignete Maßnahmen, die in dieser Verordnung festgelegt sind, um den Verstoß zu beenden.

Or. en

Begründung

Um sicherzustellen, dass sich die Algorithmen nicht auf die Grundrechte auswirken und die entsprechenden Anforderungen der Union einhalten, müssen die sehr großen Online-Plattformen verpflichtet werden, eine Bewertung des verwendeten Algorithmus durchzuführen. Ferner sollte die Online-Plattformen der Kommission die Ergebnisse ihrer Bewertungen mitteilen.

Artikel 33a

Rechenschaftspflicht für Algorithmen

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Algorithmen in Systemen zur Moderation von Inhalten, Empfehlungssystemen und Systemen zur Auswahl und Anzeige von Werbung einsetzen, stellen der Kommission die Informationen bereit, die erforderlich sind, um eine Bewertung der verwendeten Algorithmen vorzunehmen.

(2) Bei der Durchführung der Bewertung gemäß Absatz 1 wird von der Kommission Folgendes bewertet:

a) die Einhaltung der entsprechenden Anforderungen der Union;

b) die Art, wie der Algorithmus von der sehr großen Online-Plattform verwendet wird, und seine Auswirkungen auf die Bereitstellung des Dienstes;

c) die Auswirkungen auf die Grundrechte, einschließlich der Verbraucherrechte, sowie die sozialen Auswirkungen der Algorithmen und

d) ob die von der sehr großen Online-Plattform umgesetzten Maßnahmen zur Sicherstellung der Widerstandsfähigkeit des Algorithmus im Hinblick auf die Bedeutung des Algorithmus für die Bereitstellung des Dienstes und seine Auswirkungen auf die unter Buchstabe c genannten Elemente angemessen sind.

(3) Bei der Durchführung ihrer Bewertung kann die Kommission sich von einschlägigen nationalen Behörden, Forschern und Nichtregierungsorganisationen beraten

lassen.

(4) Im Anschluss an die Bewertung gemäß Absatz 2 teilt die Kommission den sehr großen Online-Plattformen ihre Ergebnisse mit und gibt ihnen die Möglichkeit, innerhalb einer Frist von zwei Wochen zusätzliche Erläuterungen in Bezug auf die Schlussfolgerungen zu den Ergebnissen abzugeben.

(5) Die Kommission macht die Ergebnisse der Bewertungen, einschließlich der Erläuterungen der sehr großen Online-Plattformen, öffentlich zugänglich, unbeschadet der Richtlinie (EU) 2016/943.

(6) Stellt die Kommission fest, dass der von der sehr großen Online-Plattform verwendete Algorithmus nicht mit Absatz 2 Buchstaben a, c oder d dieses Artikels im Einklang steht, ergreift die Kommission geeignete Maßnahmen, die in dieser Verordnung festgelegt sind, um den Verstoß zu beenden, insbesondere im Hinblick auf Änderungen der Gestaltung des Algorithmus.

Or. en

Änderungsantrag 1806

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Marcel Kolaja, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 33a

Interoperabilität

(1) Sehr große Online-Plattformen sorgen dafür, dass die Hauptfunktionen ihrer Dienste interoperabel sind, um einen plattformübergreifenden Informationsaustausch mit Dritten zu ermöglichen. Sehr große Online-Plattformen dokumentieren alle

Anwendungsprogrammierschnittstellen, die von ihnen zu diesem Zweck bereitgestellt werden, öffentlich.

(2) Sehr große Online-Plattformen können den Zugriff auf ihre Hauptfunktionen nur vorübergehend und in Ausnahmefällen beschränken, wenn dies durch eine Verpflichtung gemäß Artikel 18 der Richtlinie [XX] über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2016/1148 oder gemäß Artikel 32 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2016/679 gerechtfertigt ist. Betroffene Dritten und die Agentur werden binnen 24 Stunden von derartigen Beschränkungen in Kenntnis gesetzt. Die Agentur kann verlangen, dass derartige Beschränkungen aufgehoben oder geändert werden, wenn sie mit der Mehrheit der Stimmen beschließt, dass sie unnötig oder unverhältnismäßig sind.

(3) Sehr große Online-Plattformen dürfen die Daten, die infolge der Interoperabilitätsaktivitäten generiert oder von Dritten erhalten werden, nicht für andere Zwecke als die Ermöglichung dieser Aktivitäten kommerziell nutzen. Jede Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten muss mit der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c, im Einklang stehen.

(4) Die Kommission erlässt Durchführungsvorschriften, in denen Art und Umfang der in Absatz 1 genannten Verpflichtungen festgelegt werden, darunter offene Standards und Protokolle wie Anwendungsprogrammierschnittstellen.

Or. en

Begründung

In line with IMCO INL (resolution 2020/2018(INL), par. 81 and Chapter VII). An interoperability requirement has been recommended in varying forms by the special advisers to European Commission executive vice-president Margrethe Vestager, the UK's Furman and digital advertising reviews, and the US Stigler Report. The EDPS recommends to consider introducing interoperability requirements for very large online platforms (EDPS opinion, par. 84-85). The concentration of power with a few large social media platforms means users have limited choice, particularly on issues of privacy, accessibility, and free expression. Many users do not have a real choice to switch to privacy-friendly and secure alternative platforms because they are locked in platforms becoming more popular, to be able to receive essential messages related to their work, education etc. In order to overcome the lock-in effect of closed platforms and to ensure competition and consumer choice, users of very large platforms shall be given the ability to access cross-platform interaction via open interfaces. The interoperability obligation does not prevent platforms from offering additional and new functions to their users.

Änderungsantrag 1807 Geert Bourgeois

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 33a

Universaldienstverpflichtung für sehr große soziale Online-Plattformen

- (1) Sehr große soziale Online-Plattformen spielen in der öffentlichen Debatte und bei gesellschaftlichen Kontakten eine wesentliche Rolle. Sie unterliegen einer Universaldienstverpflichtung, damit es grundsätzlich allen möglich ist, Inhalte auf ihrer Plattform zu veröffentlichen und zu empfangen. Sie erbringen diesen Dienst ohne Diskriminierung.***
- (2) Von sich aus entfernen sehr große soziale Online-Plattformen nur offensichtlich illegale Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten.***
- (3) Im Falle von Missbrauch im Sinne von Artikel 20 Absatz 1 können sehr große soziale Online-Plattformen ihre Dienste in Bezug auf die Nutzer des***

Dienstes, die häufig offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, vorübergehend aussetzen. Bei ihrer Bewertung gemäß Artikel 20 Absatz 3 und Absatz 3a berücksichtigen sie insbesondere die für sie grundsätzlich geltende Universaldienstverpflichtung.

(4) Eventuelle Gebühren für die Inanspruchnahme des Universaldienstes müssen objektiv, transparent, diskriminierungsfrei und fair sein.

Or. nl

Änderungsantrag 1808

Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Krzysztof Hetman, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Tomislav Sokol, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 33a

Transparenz der Algorithmen

(1) Bei der Nutzung automatisierter Entscheidungsfindung stellt die sehr große Online-Plattform der Kommission auf Verlangen die erforderlichen Informationen zur Verfügung, um die verwendeten Algorithmen bewerten zu können.

(2) Bei der Durchführung der Bewertungen gemäß Absatz 1 prüft die Kommission Folgendes:

a) die Einhaltung der entsprechenden Anforderungen der Union;

b) mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte, einschließlich der Verbraucherrechte, durch die Verbreitung illegaler Inhalte.

(3) Im Anschluss an eine Bewertung teilt die Kommission den sehr großen

Online-Plattformen ihre Ergebnisse mit und gibt ihnen die Möglichkeit, zusätzliche Erläuterungen abzugeben.

(4) Stellt die Kommission fest, dass der von der sehr großen Online-Plattform verwendete Algorithmus nicht mit Absatz 2 Buchstaben a oder b dieses Artikels übereinstimmt, so informiert die Kommission den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort der sehr großen Online-Plattform.

Or. en

Änderungsantrag 1809

Evelyne Gebhardt, Andreas Schieder, Marc Angel, Christel Schaldemose, Maria Grapini, Petra Kammerevert, Maria-Manuel Leitão-Marques, Brando Benifei, Paul Tang, Monika Beňová

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 33a

Interoperabilität

(1) Sehr große Online-Plattformen bieten mittels der Einrichtung und Bereitstellung einer Anwendungsprogrammierschnittstelle Optionen, die die Interoperabilität ihrer Kerndienstleistungen mit anderen Online-Plattformen ermöglichen.

(2) Anwendungsprogrammierschnittstellen sollten einfach zu nutzen sein, wohingegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nur in einer Weise möglich sein sollte, die eine angemessene Sicherheit dieser Daten gewährleistet. Maßnahmen nach Absatz 1 dürfen die Hosting-Plattformen für Inhalte nicht einschränken, behindern oder für eine Verzögerung sorgen, wenn es um die Behebung von Sicherheitsproblemen geht, und die notwendige Behebung von

Sicherheitsproblemen darf ebenso wenig zu einer ungebührlichen Verzögerung bei der Sicherstellung der Interoperabilität führen.

(3) Dieser Artikel gilt unbeschadet der in der Verordnung (EU) 2016/679 festgelegten Einschränkungen und Beschränkungen.

Or. en

Begründung

Die Interoperabilität verbessert die Fähigkeit der Verbraucher, zwischen konkurrierenden Plattformen zu wählen, wodurch für einen wettbewerbsfähigen digitalen Markt gesorgt wird und Probleme wie die Bindung von Nutzern angegangen werden.

Änderungsantrag 1810

Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 33a

Interoperabilität sehr großer Plattformen

(1) Sehr große Online-Plattformen bieten über technische Schnittstellen Optionen, damit andere Plattformen mit ihren Kerndienstleistungen interoperabel sind.

(2) Maßnahmen nach Absatz 1 ergänzen unbeschadet von deren Anwendbarkeit die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates.

(3) Schnittstellen zur Sicherstellung der Interoperabilität sollten einfach zu nutzen sein, und personenbezogene Daten werden so verarbeitet, dass eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet ist. Die Verpflichtung nach Absatz 1 ist nicht dahingehend auszulegen, dass Plattformen daran gehindert werden,

zumutbare Anstrengungen zu unternehmen, um Sicherheitsprobleme anzugehen.

Or. en

Änderungsantrag 1811

Evelyne Gebhardt, Andreas Schieder, Marc Angel, Christel Schaldemose, Maria Grapini, Petra Kammerevert, Maria-Manuel Leitão-Marques, Monika Beňová

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung freiwilliger Branchennormen, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien zumindest für folgende Bereiche festlegen:

Geänderter Text

(1) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung freiwilliger Branchennormen, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien festlegen, ***und, sofern verfügbar, weit verbreitete Normen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien, die die in Anhang II der Verordnung Nr. 1025/2012 festgelegten Anforderungen erfüllen,*** zumindest für folgende Bereiche:

Or. en

Begründung

Derzeit gibt es bereits weit verbreitete Normen, beispielsweise im Bereich der Nachrichtenübermittlung und der sozialen Medien, mit zahlreichen aktiven Nutzern. Die Industrie aufzufordern, sich über eine Norm zu verständigen, würde höchstwahrscheinlich mehrere Jahre dauern. Daher sollte die Kommission in der Lage sein, solche bestehenden Normen aktiv zu ermitteln. In Anhang II der Verordnung Nr. 1025/2012 ist ein Verfahren vorgesehen, um eine solche Auswahl in Bezug auf Offenheit, Konsens und Transparenz zu treffen.

Änderungsantrag 1812

Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung **freiwilliger Branchennormen**, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien zumindest für folgende Bereiche festlegen:

Geänderter Text

(1) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung **von Normen**, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien **im Rahmen transparenter und inklusiver Prozesse, bei denen zahlreiche Interessenträger eingebunden werden, im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012** zumindest für folgende Bereiche festlegen:

Or. en

Änderungsantrag 1813

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) **Die** Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung freiwilliger Branchennormen, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien zumindest für folgende Bereiche festlegen:

Geänderter Text

(1) **Wenn es erforderlich ist, vereinbarte und klar definierte öffentliche Ziele zu erreichen**, unterstützt und fördert **die** Kommission die Entwicklung und Umsetzung freiwilliger Branchennormen, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien zumindest für folgende Bereiche festlegen:

Or. en

Änderungsantrag 1814

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) **Die Kommission** unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung

Geänderter Text

(1) **Der Rat** unterstützt und fördert **in Zusammenarbeit mit der Kommission** die

freiwilliger Branchennormen, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien zumindest für folgende Bereiche festlegen:

Entwicklung und Umsetzung freiwilliger Branchennormen, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien zumindest für folgende Bereiche festlegen:

Or. fr

Änderungsantrag 1815
Ramona Strugariu, Vlad-Marius Botoș

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung freiwilliger Branchennormen, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien zumindest für folgende Bereiche festlegen:

Geänderter Text

(1) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung freiwilliger Branchennormen **oder von Normungsprodukten**, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien zumindest für folgende Bereiche festlegen:

Or. en

Änderungsantrag 1816
Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) elektronische Übermittlung von Meldungen nach Artikel 14;

Geänderter Text

a) elektronische Übermittlung von Meldungen nach Artikel 14 **in einer Weise, die die Aufzeichnung und nach Möglichkeit die automatische Veröffentlichung aller relevanten statistischen Daten zulässt**;

Or. en

Änderungsantrag 1817
Geert Bourgeois

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**b) elektronische Übermittlung von
Meldungen durch vertrauenswürdige
Hinweisgeber nach Artikel 19, auch über
Anwendungsprogrammierschnittstellen;**

entfällt

Or. nl

Änderungsantrag 1818
**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri,
Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**
im Namen der ID-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**b) elektronische Übermittlung von
Meldungen durch vertrauenswürdige
Hinweisgeber nach Artikel 19, auch über
Anwendungsprogrammierschnittstellen;**

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 1819
Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**b) elektronische Übermittlung von
Meldungen durch vertrauenswürdige
Hinweisgeber nach Artikel 19, auch über
Anwendungsprogrammierschnittstellen;**

**b) elektronische Übermittlung von
Meldungen durch vertrauenswürdige
Hinweisgeber nach Artikel 19, *soweit
erforderlich* auch über
Anwendungsprogrammierschnittstellen,**

*die die Aufzeichnung und nach
Möglichkeit die automatische
Veröffentlichung aller relevanten
statistischen Daten ermöglichen;*

Or. en

Änderungsantrag 1820

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

*ba) Bedingungen und Kriterien für die
sorgfältige Übermittlung von Meldungen
durch vertrauenswürdige Hinweisgeber
nach Artikel 19;*

Or. en

Änderungsantrag 1821

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) besondere Schnittstellen,
einschließlich
Anwendungsprogrammierschnittstellen,
welche die Erfüllung in den Artikeln 30
und 31 festgelegten Pflichten erleichtern;

c) besondere Schnittstellen,
einschließlich
Anwendungsprogrammierschnittstellen
oder anderer Mechanismen, welche die
Erfüllung *der* in den Artikeln 30 und 31
festgelegten Pflichten erleichtern;

Or. en

Änderungsantrag 1822

**Evelyne Gebhardt, Andreas Schieder, Marc Angel, Christel Schaldemose, Maria
Grapini, Petra Kammerevert, Maria-Manuel Leitão-Marques, Monika Beňová**

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) Interoperabilität der in Artikel 30 Absatz 2 genannten Werbearchive;

Geänderter Text

e) Interoperabilität der in Artikel 30 Absatz 2 genannten Werbearchive **und der in Artikel 33 a genannten Anwendungsprogrammierschnittstellen**;

Or. en

Begründung

Im Einklang mit dem zusätzlichen Artikel 33 a zu Interoperabilität.

Änderungsantrag 1823
Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f

Vorschlag der Kommission

f) Datenübermittlung zwischen Werbevermittlern im Rahmen der Transparenzpflichten nach Artikel 24 Buchstaben b und c.

Geänderter Text

f) **Transparenzpflichten gemäß Artikel 24 und** Datenübermittlung zwischen Werbevermittlern im Rahmen der Transparenzpflichten nach Artikel 24 Buchstaben b und c.

Or. en

Änderungsantrag 1824
Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) Zugänglichkeit von Elementen und Funktionen von Online-Plattformen und digitalen Diensten für Menschen mit Behinderungen.

Änderungsantrag 1825
Jordi Cañas, Maite Pagazaurtundúa

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) Zugänglichkeit von Elementen und Funktionen von Online-Plattformen und digitalen Diensten für Menschen mit Behinderungen, wobei auf Einheitlichkeit und Kohärenz mit bestehenden harmonisierten Barrierefreiheitsanforderungen abgezielt wird, sofern diese Elemente und Funktionen nicht bereits durch bestehende harmonisierte europäische Normen abgedeckt sind.

Or. en

Begründung

Im Sinne der Verpflichtungen gemäß dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (VN-BRK) sollte die Europäische Kommission die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen fördern und erleichtern, auch durch die Förderung technischer Standards wie der Norm EN 301 549 (Barrierefreiheitsanforderungen für IKT-Produkte und -Dienstleistungen). Dies wird bereits für andere Rechtsvorschriften der Union umgesetzt, mit denen darauf abgezielt wird, die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen voranzubringen (z. B. die Richtlinie über Barrierefreiheit im Internet).

Änderungsantrag 1826
Alex Agius Saliba, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) Zugänglichkeit von Elementen und Funktionen von Online-Plattformen und digitalen Diensten für Menschen mit Behinderungen, wobei auf Einheitlichkeit

und Kohärenz mit bestehenden harmonisierten Barrierefreiheitsanforderungen abgezielt wird, sofern diese Elemente und Funktionen nicht bereits durch bestehende harmonisierte europäische Normen abgedeckt sind.

Or. en

Begründung

Im Sinne der Verpflichtungen gemäß dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (VN-BRK) sollte die Europäische Kommission die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen fördern und erleichtern, auch durch die Förderung technischer Standards wie der Norm EN 301 549 (Barrierefreiheitsanforderungen für IKT-Produkte und -Dienstleistungen). Dies wird bereits für andere Rechtsvorschriften der Union umgesetzt, mit denen darauf abgezielt wird, die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen voranzubringen (z. B. die Richtlinie über Barrierefreiheit im Internet).

Änderungsantrag 1827

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Marco Zullo, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) Zugänglichkeit von Elementen und Funktionen von Online-Plattformen und digitalen Diensten für Menschen mit Behinderungen, wobei auf Einheitlichkeit und Kohärenz mit bestehenden harmonisierten Barrierefreiheitsanforderungen abgezielt wird, sofern diese Elemente und Funktionen nicht bereits durch bestehende harmonisierte europäische Normen abgedeckt sind.

Or. en

Begründung

Wenn Barrierefreiheitsanforderungen verpflichtend sind, sollten zusätzliche Normen geschaffen werden. Diese neuen Normen würden auf bestehenden Normen für die

Barrierefreiheit im Internet und anderen Normen für die Barrierefreiheit aufbauen.

Änderungsantrag 1828

Ramona Strugariu, Vlad-Marius Botoș, Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) selbstregulierende, nachweisbare und maschinenlesbare Kriterien für die Transparenz der Eigentumsverhältnisse und die Professionalität redaktioneller Prozesse, um zuverlässige Informationsquellen nach Artikel 24 a zu ermitteln;

Or. en

Änderungsantrag 1829

Ivan Štefanec

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) Schutz und Förderung der Rechte und des Wohlergehens von Kindern gemäß dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes und der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 des Übereinkommens.

Or. en

Änderungsantrag 1830

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***fa) Transparenzberichtspflichten
gemäß Artikel 13.***

Or. en

**Änderungsantrag 1831
Ivan Štefanec**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***fb) Zugänglichkeit von Elementen
und Funktionen von Online-Plattformen
und digitalen Diensten für Menschen mit
Behinderungen, wobei auf Einheitlichkeit
und Kohärenz mit bestehenden
harmonisierten
Barrierefreiheitsanforderungen abgezielt
wird, sofern diese Elemente und
Funktionen nicht bereits durch
bestehende harmonisierte europäische
Normen abgedeckt sind;***

Or. en

Begründung

Im Sinne der Verpflichtungen gemäß dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (VN-BRK) sollte die Europäische Kommission die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen fördern und erleichtern, auch durch die Förderung technischer Standards wie der Norm EN 301 549 (Barrierefreiheitsanforderungen für IKT-Produkte und -Dienstleistungen). Dies wird bereits für andere Rechtsvorschriften der Union umgesetzt, mit denen darauf abgezielt wird, die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen voranzubringen (z. B. die Richtlinie über Barrierefreiheit im Internet).

**Änderungsantrag 1832
Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fb) Gestaltung von Online-Schnittstellen unter anderem in Bezug auf die Annahme und Änderung von Geschäftsbedingungen, Einstellungen, Werbepraktiken, Empfehlungssystemen und Entscheidungen im Rahmen des Verfahrens der Moderation von Inhalten, um Dark Patterns zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 1833

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fc) Strom-, Wasser- und Wärmeverbrauch, auch der durch künstliche Intelligenz und Empfehlungssysteme von sehr großen Online-Plattformen verursachte Verbrauch;

Or. en

Änderungsantrag 1834

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fd) Vorhandensein ausreichender Daten, wobei auf die Verringerung der Datengenerierung, insbesondere des Datenverkehrs, abgezielt wird, einschließlich der Verringerung des damit

verbundenen Strom-, Wasser-, Wärme- und Ressourcenverbrauchs von Datenzentren.

Or. en

Änderungsantrag 1835

Liesje Schreinemacher, Bart Groothuis, Hilde Vautmans, Marco Zullo, Karen Melchior, Morten Løkkegaard, Adrián Vázquez Lázara, Sandro Gozi

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung von Branchennormen, die von den einschlägigen europäischen und internationalen Normungsgremien zum Schutz und zur Förderung der Rechte des Kindes festgelegt werden und deren Einhaltung nach ihrer Verabschiedung für sehr große Online-Plattformen zumindest in folgenden Punkten verbindlich ist:

- a) Altersfeststellung und -überprüfung,*
- b) Beurteilungen der Auswirkungen auf Kinder,*
- c) auf Kinder ausgerichtete und altersgerechte Gestaltung,*
- d) auf Kinder ausgerichtete und altersgerechte Geschäftsbedingungen.*

Or. en

Änderungsantrag 1836

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Diese Standards sind von hoher Qualität und dürfen nicht dazu führen, dass die Verpflichtungen, die sich aus den geltenden Rechtsvorschriften ergeben, eingeschränkt werden. Werden die Standards von Online-Plattformen übernommen, so werden sie in den Berichten gemäß den Artikeln 26, 27 und 28 bei ihrer Prüfung berücksichtigt. Der Ausschuss, die Kommission und die zuständigen Koordinatoren für digitale Dienste tragen dem ebenfalls Rechnung, soweit sie nach denselben Artikeln betroffen sind.

Or. fr

Änderungsantrag 1837

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) **Die Kommission** unterstützt die Überarbeitung der Normen unter Berücksichtigung der Entwicklung der Technik und des Verhaltens der Nutzer der betreffenden Dienste.

(2) **Der Rat** unterstützt **in Zusammenarbeit mit der Kommission** die Überarbeitung der Normen unter Berücksichtigung der Entwicklung der Technik und des Verhaltens der Nutzer der betreffenden Dienste.

Or. fr

Änderungsantrag 1838

Ivan Štefanec

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Kommission unterstützt die

(2) Die Kommission unterstützt die

Überarbeitung der Normen unter Berücksichtigung der Entwicklung der Technik und des Verhaltens der Nutzer der betreffenden Dienste.

Überarbeitung der Normen **und Leitlinien** unter Berücksichtigung der Entwicklung der Technik **und der Rechtsvorschriften** und des Verhaltens der Nutzer der betreffenden Dienste.

Or. en

Änderungsantrag 1839

David Lega, Hilde Vautmans, Antonio López-Istúriz White, Dragoș Pîslaru, Milan Brglez, Alex Agius Saliba, Ioan-Rareș Bogdan, Josianne Cutajar, Eva Kaili

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung von Branchennormen, die von den einschlägigen europäischen und internationalen Normungsgremien zum Schutz und zur Förderung der Rechte des Kindes festgelegt werden und deren Einhaltung nach ihrer Verabschiedung zumindest in folgenden Punkten verbindlich ist:

- a) Altersprüfung und -verifizierung gemäß Artikel 13,**
- b) Beurteilungen der Auswirkungen auf Kinder gemäß Artikel 13,**
- c) altersgerechte Geschäftsbedingungen gemäß Artikel 12,**
- d) auf Kinder ausgerichtete Gestaltung gemäß Artikel 13.**

Or. en

Änderungsantrag 1840

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Wenn eine Norm gemäß Absatz 1 nicht bis [24 Monate nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung] angenommen wurde, kann die Kommission einen delegierten Rechtsakt gemäß Artikel 69 erlassen, um Vorschriften, Leitlinien oder ein Muster für die einheitliche Anwendung der anwendbaren Artikel festzulegen.

Sobald eine Norm festgelegt wurde, stellt die Kommission ihre diesbezügliche Tätigkeit ein oder zieht ihren delegierten Rechtsakt zurück, falls er bereits angenommen wurde.

Or. en

Begründung

Es liegt im Interesse aller Nutzer, dass alle Anbieter über harmonisierte Systeme verfügen. Die Branche sollte die Möglichkeit haben, sich innerhalb der Branche zu einigen. Sollte ihr das nicht in einem angemessenen Zeitraum gelingen, sollte die Kommission die Befugnis erhalten, diesbezüglich zu handeln.

Änderungsantrag 1841

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Zumindest in Bezug auf Absatz 1 Buchstaben a, b und ba (neu) führt die Kommission ausführliche Folgenabschätzungen vor der Umsetzung durch, damit die Einhaltung des Unionsrechts sichergestellt wird. Insbesondere dürfen solche Mechanismen nicht zu dazu führen, dass automatisch Beschränkungen für gemeldete Inhalte

auferlegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 1842

Christel Schaldemose, Andreas Schieder, Maria Grapini, Maria-Manuel Leitão-Marques, Clara Aguilera, Adriana Maldonado López, Biljana Borzan, Evelyne Gebhardt, Monika Beňová, Marc Angel

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Liegen keine Normen im Sinne dieses Artikels vor, so steht dies der zeitnahen Umsetzung der in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen nicht entgegen.

Or. en

Änderungsantrag 1843

Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 35

entfällt

Verhaltenskodizes

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz

personenbezogener Daten, verbunden sind.

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und überwachen und bewerten regelmäßig die

Erreichung der damit verfolgten Ziele. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

(5) Das Gremium überwacht und bewertet regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren.

Or. fr

Änderungsantrag 1844

Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 35

entfällt

Verhaltenskodizes

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und

andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

(5) Das Gremium überwacht und bewertet regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren.

Or. en

Änderungsantrag 1845

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und **das Gremium fördern und** erleichtern **die Ausarbeitung** von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, **insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten**, verbunden sind.

Geänderter Text

(1) Die Kommission und **die Agentur** erleichtern **den Entwurf und die Umsetzung** von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen **und Verantwortlichkeiten** Rechnung tragen, die mit der **umfassenden** Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht verbunden sind. **Es ist in besonderem Maße darauf zu achten, nachteilige Auswirkungen auf den Wettbewerb, den Zugang zu Daten und die Sicherheit, das Verbot einer allgemeinen Überwachungspflicht und die Rechte des Einzelnen zu vermeiden. Die Kommission und die Agentur genehmigen solche Verhaltenskodizes und treten ihnen bei, um eine angemessene Rechenschaftspflicht und Rechtsbehelfe für Einzelpersonen zu gewährleisten.**

Or. en

Änderungsantrag 1846

Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung

von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

von **freiwilligen** Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind. **Die Kommission fördert und erleichtert zudem die regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Verhaltenskodizes, um sicherzustellen, dass sie zweckmäßig sind.**

Or. en

Änderungsantrag 1847 **Karen Melchior**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 35 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur **ordnungsgemäßen** Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium **können** die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene fördern und erleichtern, um zur **wirksamen** Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf **die Verbraucherrechte**, den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, **sowie mit der Charta der Grundrechte** verbunden sind.

Or. en

Änderungsantrag 1848 **Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-**

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten **nach Unions- und nationalem Recht** illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Or. en

Änderungsantrag 1849

Adam Bielan, Kosma Złotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und das Gremium **fördern** und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium **haben das Recht**, die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene **zu verlangen** und **zu** erleichtern, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Or. en

Änderungsantrag 1850

Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und **systemischer Risiken** im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium **können** die Ausarbeitung von **freiwilligen** Verhaltenskodizes auf Unionsebene fördern und erleichtern, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und **schädlicher Auswirkungen** im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Or. en

Änderungsantrag 1851

Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) **Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem**

Geänderter Text

entfällt

auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 1852

Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron
im Namen der ID-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden **sehr großen** Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, so kann die Kommission **im Einvernehmen mit dem Gremium** die betreffenden Online-Plattformen und erforderlichenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 1853

Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec,

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere **Beteiligte** auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, so kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und erforderlichenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere **einschlägige Interessenträger** auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 1854
Leszek Miller

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 **Buchstabe a** auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und

andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 1855

Adam Bielan, Kosma Zlotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **kann** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auffordern**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **so fordert** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und erforderlichenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auf**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 1856

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **kann** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auffordern**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **so fordert** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und erforderlichenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auf**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Begründung

Es ist nur folgerichtig, dass die Kommission sehr große Online-Plattformen (und andere) einbezieht, damit sie sich an der Ausarbeitung der Kodizes zu beteiligen. Es ist unklar, weshalb dies lediglich eine Option für die Kommission wäre.

Änderungsantrag 1857
Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche **systemische Risiken** im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche **schädliche Auswirkungen** im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, so kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und erforderlichenfalls

andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 1858

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten **erhebliche** systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **kann** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auffordern**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Geänderter Text

(2) Treten systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **so fordert** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und erforderlichenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auf**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 1859

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 35 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten **sowie** Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten, Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Or. en

Änderungsantrag 1860

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 35 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Mit Ausnahme von Maßnahmen gemäß Artikel 27 Absatz 1 Buchstabe e sind Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht verpflichtet, sich solchen Verhaltenskodizes in anderer Weise als auf freiwilliger Basis anzuschließen und können ihre Zustimmung jederzeit

zurücknehmen.

Or. en

Begründung

Alle Kodizes sind freiwillig, außer wenn ein Anbieter verpflichtet ist, einem Kodex beizutreten, was bei einer sehr großen Online-Plattform der Fall sein kann. Dies sollte eindeutig in der Verordnung festgehalten sein.

Änderungsantrag 1861

Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 35 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes. *entfällt*

Or. en

Änderungsantrag 1862

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und **das Gremium** dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung **dieser** Ziele zu messen, und dass die Kodizes **den Bedürfnissen** und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der **Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen**. Darüber hinaus **bemühen sich** die Kommission und **das Gremium**, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Geänderter Text

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und **oder** 2 setzen sich die Kommission und **die Agentur** dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes

a) die damit verfolgten **spezifischen** Ziele klar dargelegt werden,

b) **die Art des zu behandelnden Problems der öffentlichen Ordnung und die Rolle der öffentlichen Stellen festgelegt werden, wenn es darum geht, die Tätigkeiten im Rahmen des Kodex zu ergänzen,**

c) wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung **ihrer** Ziele zu messen,

d) **Mechanismen für eine unabhängige Bewertung der Verwirklichung ihrer Ziele und die Ermittlung oder Antizipation möglicher nachteiliger Auswirkungen enthalten sind,**

e) **Mechanismen enthalten sind, mit denen der Kodex angepasst oder aufgegeben wird, wenn seine spezifischen Ziele nicht erreicht oder nachteilige Auswirkungen festgestellt werden,**

f) und dass die Kodizes **die Bedürfnisse** und Interessen aller Beteiligten, einschließlich **Einzelpersonen**, **in vollem Umfang berücksichtigen**.

Darüber hinaus **stellen** die Kommission und **die Agentur sicher**, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Or. en

Begründung

Ziel ist es, dem Vorschlag der Kommission Struktur zu verleihen und ihn genauer an der Empfehlung CM/Rec(2018)2 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten zu der Rolle und Verantwortung von Internet-Intermediären und an den im Juni 2021 veröffentlichten Leitlinien des Europarates mit dem Titel „Best practices towards effective legal and procedural frameworks for self-regulatory and co-regulatory mechanisms of content moderation“ (Bewährte Verfahren für wirksame Rechtsrahmen und verfahrenstechnische Rahmen für Selbst- und Koregulierungsmechanismen der Moderation von Inhalten) auszurichten.

Änderungsantrag 1863 **Karen Melchior**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 35 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) Bei der Umsetzung **der Absätze 1 und 2 setzen sich** die Kommission und das Gremium **dafür ein**, dass in den Verhaltenskodizes **die damit verfolgten** Ziele **klar** dargelegt werden und **wesentliche** Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser **Ziele** zu **messen**, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, **einschließlich** der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus **bemühen sich** die Kommission und das Gremium, dass die

Geänderter Text

(3) Bei der Umsetzung **von Absatz 1 stellen** die Kommission und das Gremium **eine ausgewogene, inklusive und transparente Governance der** Verhaltenskodizes **sicher, bei der zahlreiche Interessenträger eingebunden werden. Die Kommission und das Gremium stellen die Beteiligung und sinnvolle Einbeziehung von Organisationen der Zivilgesellschaft, die das öffentliche Interesse vertreten, sicher** und sorgen dafür, dass in den Verhaltenskodizes **klare und präzise**

Beteiligten der Kommission und **ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort** regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Bestimmungen und Ziele in Bezug auf die Grundrechte dargelegt werden und **wirksame und spezifische** Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser **Maßnahmen** zu **bewerten**, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, **insbesondere** der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus **stellen** die Kommission und das Gremium **sicher**, dass die Beteiligten der Kommission und **dem Gremium** regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand **des Rechts und** der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Or. en

Änderungsantrag 1864

Arba Kokalari, Andrey Kovatchev, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten,

Geänderter Text

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten,

gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes. ***Die wesentlichen Leistungsindikatoren und die Berichtspflichten sollten den Größen- und Kapazitätsunterschieden der einzelnen Beteiligten Rechnung tragen.***

Or. en

Änderungsantrag 1865
Leszek Miller, Maria Grapini

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Geänderter Text

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele ***in Bezug auf die Verbreitung illegaler Inhalte*** zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Or. en

Änderungsantrag 1866
Ivan Štefanec

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Geänderter Text

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele betreffend die Verbreitung illegaler Inhalte klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele **in Bezug auf die Verbreitung illegaler Inhalte** zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Or. en

Änderungsantrag 1867

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Marco Zullo

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 **setzen sich** die Kommission und das Gremium **dafür ein**, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen.

Geänderter Text

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 **stellen** die Kommission und das Gremium **sicher**, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und **mehrere harmonisierte** wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass mit den Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf

Darüber hinaus **bemühen sich** die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste **am Niederlassungsort** regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Unionsebene gebührend Rechnung getragen wird. Darüber hinaus **stellen** die Kommission und das Gremium **sicher**, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes, **um die wirksame plattformübergreifende Überwachung zu erleichtern**.

Or. en

Änderungsantrag 1868

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Geänderter Text

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig **nach Bedarf** über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Begründung

Im Gegensatz zu anderen Anforderungen handelt es sich bei Verhaltenskodizes in der Regel um freiwillige Tätigkeiten, wobei einige Maßnahmen einmalig und andere fortlaufend sind. Daher sollte eine Berichterstattung nur erfolgen, wenn sie erforderlich ist, da die Anforderungen andernfalls von einem Beitritt zu den Kodizes abhalten werden.

Änderungsantrag 1869

Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 35 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

(4) Die Kommission und **das Gremium** bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

Geänderter Text

(4) Die Kommission und **die Agentur** bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, überwachen und bewerten regelmäßig, **mindestens jedoch einmal jährlich**, die Erreichung der damit verfolgten Ziele und **nehmen in ihre Bewertung zumindest folgende Punkte auf:**

- a) die Entwicklung des Ausmaßes und der Art des im Rahmen des einschlägigen Kodex zu behandelnden Problems der öffentlichen Ordnung,**
- b) das Vorhandensein oder die Herausbildung von Geschäftsinteressen seitens der Online-Plattformen, die die erfolgreiche Umsetzung des Kodex möglicherweise behindern,**
- c) ob ein angemessener Schutz besteht, um die Rechte von Einzelpersonen und Unternehmen zu wahren.**

Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

Änderungsantrag 1870

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Marco Zullo

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele. ***Sie*** veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

Geänderter Text

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele ***und*** veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen. ***Darüber hinaus stellen sie sicher, dass es einen gemeinsamen Warnmechanismus gibt, der auf Unionsebene verwaltet wird, um in Echtzeit koordinierte Reaktionen zu ermöglichen.***

Or. en

Änderungsantrag 1871 Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

Geänderter Text

(4) Die Kommission und das Gremium ***können*** bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und ***sie können*** die Erreichung der damit verfolgten Ziele regelmäßig überwachen und bewerten. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

Or. en

Änderungsantrag 1872 Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 35 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Das Gremium überwacht und bewertet regelmäßig, inwieweit **die Ziele der** Verhaltenskodizes **erreicht** wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren.

Geänderter Text

(5) Die Kommission und das Gremium überwachen und bewerten regelmäßig und transparent, inwieweit **die** Verhaltenskodizes **umgesetzt oder nicht umgesetzt** wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls **diese Verordnung, andere anwendbare Rechtsvorschriften, Rückmeldungen der Interessenträger und** die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren. **Sollten die Bewertungen ergeben, dass der Verhaltenskodex bzw. die Verhaltenskodizes nicht wirksam sind oder dass die Verpflichtungen nicht eingehalten werden, so verhängt der zuständige Koordinator für digitale Dienste wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen. Ferner bringt die Kommission im Anschluss an das ordentliche Gesetzgebungsverfahren einen Legislativvorschlag ein.**

Or. en